

# Metallarbeiter-Zeitung

## Organ für die Interessen der Metallarbeiter

### Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Er erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Schym.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rotebühlstraße 16 a part.  
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltenen Kolonnenzeile:  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatangelegen 2 Mark.  
Geschäftsinserate finden keine Ausnahme.

In einer Aufl. von **388300** Exemplaren  
erscheint diese Ztg.

### Winterarbeit.

Die Zeit, da man von Benz und Liebe singt und seine paar freien Stunden draußen bei der Mutter Natur verbringt, ist leider wieder vorüber, verschwunden wie ein hübscher Traum und die rauhe Jahreszeit mit all ihren unangenehmen Witterungserscheinungen hat ihren Einzug gehalten. Der Winter ist ein böser Geselle, des Armen grimmiger Feind. Er macht den Mangel in allen seinen Formen doppelt fühlbar, indem er ihn in den bittersten Wirkungen zur Geltung bringt.

Obwohl die seit zwei Jahren waltende Wirtschaftskrise teilweise eine Milderung erfahren hat, so daß bereits die Frage erörtert wird, ob die Krise überwunden sei, so ist damit zu rechnen, daß auch in diesem Winter die Arbeitslosigkeit wieder einen größeren Umfang annehmen und so der Mangel an Arbeit und Verdienst wieder Hunderttausende von Arbeitern und Arbeiterinnen schwer heimjuchen wird. Was Arbeitslosigkeit für die davon unmittelbar Betroffenen bedeutet, wissen die Arbeiter, denn die meisten von ihnen haben sie schon am eigenen Leibe kennen gelernt. Aber auch bei den beschäftigten Arbeitern stellt sich allerlei Mangel ein, da der Winter erhöhte Bedürfnisse und eine Verteuerung der Lebenshaltung schafft. Es wachsen die Ausgaben für Heizung und Beleuchtung, für Kleider und Schuhe, für die Ernährung und andere Zwecke mehr; der Winter bringt Krankheiten und diese verursachen Ausgaben für Arzt und Apotheke. Auf der anderen Seite zeitigt der Winter neben der totalen auch eine partielle Arbeitslosigkeit für viele Arbeiter und Arbeiterinnen, die eine mehr oder weniger empfindliche Verdienstschmälerung zur Folge hat.

So gestaltet sich das Leben für zahlreiche Arbeiter während des Winterhalbjahres sehr ungünstig und es kommt ihnen das Glend der bestehenden Wirtschaftsordnung so recht zum vollen Bewußtsein.

Für die Reichen bietet der Winter keine besonderen Vergünstigungen, die Gelegenheit zur Entfaltung von Pracht und Luxus geben und die ihrerseits den großen Gegensatz zu dem Mangel der großen Volksmassen sehr drastisch veranschaulichen.

Auf jeden Fall ist der Winter die Jahreszeit für die lebhafteste Versammlungsagitation, da man auf den Luftenthal in geschlossenen Räumen angewiesen ist und daher die Versammlungen von vornehmerem besseren Besuch erhoffen lassen als im Sommer, wo in der Regel nur dann stark besuchte Versammlungen zustande kommen, wenn irgend etwas besonderes „los ist“, im übrigen aber sehr viele Arbeiter den ungemessenen Luftenthal im Freien dem Versammlungsbesuch vorziehen. Es haben denn auch bereits die Gewerkschaften mit der Veranstaltung von Agitationsversammlungen begonnen, in sehr umfassender Weise zum Beispiel der Maurerverband, der im ganzen Reich zirka 900 Agitationsversammlungen veranstaltete. Voraussetzung der erfolgreichen Versammlungsagitation ist selbstverständlich ihre umsichtige und sorgfältige Vorbereitung, die die Gewähr des Erfolges geben soll. In dieser Beziehung wird von den leitenden Personen der Ortsvereine noch manchemal geäußert und durch Pflichtvernachlässigung der sichere Erfolg vereitelt. Eine gut vorbereitete und gut verlaufende Agitationsversammlung ist immer ein Ereignis im alltäglichen Leben des Arbeiters, das meist wie nach der Schablone den einen Tag wie den anderen sich abspaltet und wenig animierende, erhebende Abwechslung bietet. Ein guter, belehrender und begeisterter Vortrag wirkt immer erfrischend, anregend und fruchtbar, was von den ältesten organisierten Arbeitern wie von den jüngsten gilt. Das unmittelbar wirkende und anfeuernde lebendige Wort in der Versammlung wird stets eine der gewaltigsten Kräfte im Leben der Kulturvolker sein und bleiben.

Es ist selbstverständlich, daß neben der Versammlungsagitation die Agitation in den verschiedenen anderen Formen auch im Winter nicht vernachlässigt werden soll. So die gegenseitige Aufklärung und Ermunterung von Mann zu Mann, die Verteilung von Nummern des Verbandsorgans und auch politischer Arbeiterblätter, von Flugblättern und Handzetteln zur Einladung in die Versammlung u. s. w. Eine sehr wirksame und zielbewusste Beeinflussung des unorganisierten Neben- und Mitarbeiters kann der organisierte Arbeiter jeden Tag in der Werkstatt oder Fabrik üben durch freundliches und tatkraftvolles Benehmen mit Erweisung von Gefälligkeiten, Erteilung guter Ratsschläge für die Ausführung der Arbeit, durch Achtung und Wertschätzung. Das gegenseitige Benehmen mit Schimpfen, abstoßender Schroffheit, Verärgerung u. c. hat sich wohl noch nie als erfolgreiche Agitationsmethode erwiesen. Dem Unorganisierten, den man für die Organisation gewinnen will, darf man nicht vorher alle Schande jagen und sich ihn zum persönlichen Feinde machen, denn dann gewinnt man ihn nicht nur nicht als Mitglied, sondern man reizt ihn zum Gegenagitor, so daß er auch andere Unorganisierte von dem Eintritt in die Organisation abhält.

So soll natürlich das ganze Jahr hindurch, immer, agitiert werden und nicht nur im Winter. Stets sollen wir darauf bedacht sein, die Zahl unserer Verbandsmitglieder zu vermehren und dementsprechend die der Unorganisierten zu vermehren. 1860000 Personen wurden bei der Berufszählung von 1907 gezählt, die als Lohnarbeiter oder Belehlinge in der deutschen Metall- und Maschinenindustrie tätig sind, und davon

sind heute nicht viel mehr als erst 400000 gewerkschaftlich organisiert. Es läßt sich also noch das Mehrfache dieser Zahl an neuen Mitgliedern für den Deutschen Metallarbeiter-Verband gewinnen und diese Möglichkeit eröffnet einen gewaltig ausgedehnten Wirkungsbereich für eine stets rege, unermüdete, tatkräftige und begehrtende Agitation unter der Masse der Unorganisierten, die — leider! — noch überall sind und zu deren Aufzucht man daher nicht erst eine besondere Forschungsreise unternehmen muß. Und wir finden, daß heute für unseren Verband die Agitation leichter ist als je zuvor. Unerstickt und ungeschwächt hat er die schwere Wirtschaftskrise überstanden und selbst unter ungünstigen Umständen seine wichtigsten Aufgaben erfüllt. Selbst in der Zeit der Krise hat er weitere Verbesserungen der Arbeits- und Lohnverhältnisse errungen und Verschlechterungen derselben verhindert. Über 12 Millionen Mark hat der Deutsche Metallarbeiter-Verband in den beiden Krisenjahren 1907 und 1908 für die verschiedenen Unterstützungszwecke ausgegeben und dadurch zahlreichen Mitgliedern in verschiedenen Notlagen des Lebens tatkräftige Hilfe gewährt. Das Wort von der Gewerkschaft als der besten Sparkasse für den Arbeiter hat sich wieder aufs glänzendste bewährt und die Tatsachen belehren die Unorganisierten in überzeugender Weise, daß es etwas nützt, wenn man organisiert ist. Was das „Nichtorganisiertsein“ den Arbeiter nützt, das müssen die Unorganisierten erst beweisen.

So kann eine geschickte Versammlungsagitation mit dem gewünschten und gewollten Erfolg betrieben werden, namentlich dann, wenn man in der Versammlung selbst während der Pause und nach dem Vortrag durch geeignete Verbandsmitglieder jeden anwesenden unorganisierten Kollegen zum Eintritt in den Verband überreden und bewegen läßt. Das Werk der mit der Agitationsversammlung begonnenen Aufklärung soll durch Vorträge in den Mitgliederversammlungen und durch immer wieder veranstaltete Agitationsversammlungen fortgesetzt werden. Wird daneben auch noch der Pflege der heiteren Seite des Lebens einige Aufmerksamkeit gewidmet und so die gemüthliche, menschliche Seite berührt, so gestaltet sich das gegenseitige Verhältnis der Mitglieder und ihrer Angehörigen um so freundschaftlicher und es kommt so ein neues Moment des Zusammenhalts in die Organisation hinein.

So gilt auch in diesem Winter für alle unsere Verbands-Genossen die Parole: Nützt die Zeit und führt dem Verbands-Zehntausende neuer Mitglieder zu, die ihn für die kommende neue wirtschaftliche Prosperitätsperiode zur Führung erfolgreicher Kämpfe in noch höherem Grade, als es bisher schon der Fall war, befähigen werden!

### Falschmünzer!

Bs. Das Zentrum ist in arger Not. Es hat geglaubt, der Gutmütigkeit und Gutgläubigkeit seines Gefolges in alle Ewigkeit sicher zu sein und es hat sich getäuscht. Nach dem, was das Zentrum bisher seinen Massen zu bieten vermochte, ohne daß diese muckten, durfte man allerdings auf eine schier unerhörte Menge Votumsgebuß rechnen. Nach den großen Opfern der Fühlungen zu Wasser und zu Lande, die unter hervorragender Mitwirkung des Zentrums dem Volke auferlegt worden waren, konnte das Zentrum im Jahre 1902 den Zolltarif mit seiner ungeheuren Belastung der Volksmassen bewilligen, ohne auf merklichen Widerstand bei seinen Wählern zu stoßen; die darauf folgenden Wahlen fielen sogar so günstig für das Zentrum aus, daß die Macher der Zentrumspolitik darin eine Rechtfertigung ihres Verhaltens erblicken konnten. Was wunder, wenn die Parteiführer sich in den Glauben hineinstellten, einem so geduldbigen und gutmütigen Gesolge alles bieten zu können, zumal sie der Hilfe des dem Zentrum allzeit getreuen Klerus sicher waren, der es gern unternahm, etwaige Widerpenfliche im Parteilager zu bücken, der Wählerchaft zur Rettung und zur höheren Ehre des Zentrums ein Z für ein U vorzumachen und aus einem offensichtlich Volksbetrug und Volksverrat eine große, im Interesse des Vaterlandes und des Christentums gebotene Tat zu drehen. Im Vertrauen auf die Gutmütigkeit seiner Massen und die Willigkeit seiner schwarzgezügten Helfer hat denn auch das Zentrum, um sich wieder in den Sattel der regierenden Partei zu schwingen, am Grund der bereiteten Liebesgabe und der abgelehnten Erbschaftsteuer mit den Konfessionen den Bund geschlossen und dem Volke einige hundert Millionen neue indirekte Steuern aufgeschafft.

Diesmal scheint es aber doch der Gutmütigkeit seines Gefolges ein wenig zu viel zugemutet zu haben. Es geht einem Teil der Zentrumschwärmer über das schulbige Maß von Langmut hinaus, einer Partei auch dann noch zu trauen, wenn sie vor den Wahlen sich hoch und heilig gegen die weltliche Vermehrung der indirekten Steuern verschwört und nach den Wahlen dem Volke eine indirekte Steuerlast von bisher unerhörter Höhe aufbürdet, wenn ihre Führer und Mäpfer sich vor kurzem noch gegen die Liebesgabe und für die Erbschaftsteuer ausgesprochen, um halb darauf die Liebesgabe zu bereuigen und die Erbschaftsteuer niederzutrampeeln. Und auch das Vertrauen auf das Gesicht der geistlichen Helfer, wie sie namentlich in M.-Glabbach an der Zentralstelle des katholischen Volksvereins tätig sind, läßt die Macher der Zentrumspolitik diesmal im Stich. Denn was diesmal von M.-Glabbach zur Rechtfertigung der ultramontanen Schwindelpolitik in die Lande hinausgeht, das ist derart habnebrüchig, daß es auch das höchste Zentrumslamm fuchtig machen muß. Wie üblich, haben wir es auch diesmal wieder zu tun mit der unvermeidlichen Gewohnheit der M.-Glabbacher, aus tausend Blättern und Reden von sozialistischer Seite einige Sätze herauszulassen, sie ihres Zusammenhangs und damit ihres wirklichen Sinnes zu berauben und das Falschbild dann den Lesern als Beweis „sozialdemokratischer Dummheit“ und „Verlogenheit“ zu präs-

entieren. Gegen diese Fälschermanner ist schlecht anzukommen, man kann nicht jeden Leser der M.-Glabbacher Flugblätter in den Besitz der Originale unserer Schriften und der genauen Berichte unserer Neben setzen; man kann nicht einmal, weil man dann jedes Flugblatt aus M.-Glabbach mit sechs anderen zur Widerlegung beantworten müßte, jede dieser aus dem Zusammenhang gerissenen, sinnentstellten und gefälschten Stellen aus ihren wahren Sinn zurückführen, dafür sind eben der Gaunerflüchchen dieser Art zu viele. Da muß man sich begnügen, an einzelnen besonders auffälligen Beispielen der M.-Glabbacher Agitation ein Exempel zu statuieren und indem man eine offensichtlich betrubte Fälschung nachweist, dann dem Flugblattleser zur Beurteilung zu überlassen, was von einer solchen Gesellschaft und ihren übrigen Zitaten zu halten ist.

Zu Hunderttausenden geht von M.-Glabbach jetzt ein Flugblatt in die Lande, betitelt: „Die roten Falschmünzer.“ Das Machwerk könnte auf Bestellung des Zentralverbandes der Industriellen, des Bundes der Landwirte oder der Vereinigung der Steuerzahler diesseits wie jenseits der Elbe angefertigt sein, denn der wesentliche Inhalt besteht in dem Nachweis, daß das arbeitende Volk in Deutschland noch viel zu wenig Steuern zahlt und daß es vorwiegend der Reiche ist, der die öffentlichen Lasten trägt — ein Kunststück, das man dadurch fertig bringt, daß man die Steuersumme, die eingebracht wird von der Bevölkerung mit über 1500 M. Einkommen — das sind die „Besserbemittelten“ — der Steuersumme entgegengesetzt, die eingebracht wird von der Bevölkerung mit unter 1500 M. Einkommen — das sind die „Minderbemittelten“ —, unbenutzt gibt es nach M.-Glabbacher volkswirtschaftlichen Begriffen überhaupt nicht. Der arme Teufel mit 1500 M. Jahreseinkommen (Zugeseinkommen 4 M. 11 S!) wird mit dem Millionär zu den „Besserbemittelten“ gerechnet und seine indirekte Steuerlast muß den Beweis erbringen, daß der „Reiche“ heute höher besteuert ist als der Arme! Das ist M.-Glabbacher Volksaufklärung!

Und nun zu den Zitaten, aus deren Fülle eines herausgegriffen sei. Die Sozialdemokratie, so heißt es in dem Flugblatt, treibt mit ihrem ganzen Steuerprogramm Schwindel. Sie fordert Abschaffung aller indirekten Steuern und Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben durch stufenweise steigende Einkommens- und Vermögenssteuer. Um zu beweisen, was das für ein Schwindel sei, beruft sich das Flugblatt auf K a u t s k y, den „obersten sozialdemokratischen Schriftgelehrten“, der in seiner Schrift: „Am Tage nach der sozialen Revolution“ gesagt hat:

„Es ist ja heute schon unsere Forderung, daß wir durch eine solche Steuer (stufenweise steigende Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftsteuer) alle anderen, besonders die indirekten Steuern ersetzen. Wenn wir aber zu ihrer Durchführung heute die Kraft erheilen, durch die Unterstützung der anderen Parteien, was freilich ausgeschlossen ist, da keine bürgerliche Partei soweit ginge, so würden wir hoch dabei auf große Schwierigkeiten stoßen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß je höher die Steuer, desto größer die Verbergung von Einkommen und Vermögen unmöglich zu machen, selbst dann wäre man nicht in der Lage, die Einkommens- und Vermögenssteuer beliebig hoch zu schrauben, weil die Kapitalisten, wenn die Steuer ihr Einkommen oder Vermögen zu sehr beschneidet, einfach aus dem Staate fortziehen würden und dieser dann das Nachsehen hätte. Der Staat hätte dann die Einkommens- und Vermögenssteuer, aber ohne Einkommen und Vermögen. Aber ein gewisses Maß kann man also bei diesen Steuern heute nicht hinaus, selbst wenn man die politische Macht dazu hätte.“

Das steht allerdings in der genannten Schrift Kautskys und doch haben die M.-Glabbacher eine ganz gemeine Fälschung begangen, weil sie die Sätze aus dem Zusammenhang gerissen und ihres wirklichen Sinnes beraubt haben. Kautsky untersucht in dem Kapitel seiner Schrift, dem der obige Absatz entnommen ist, die Frage, ob die Entzignung der Kapitalisten, wenn die Sozialdemokratie die Macht hat, durch Konfiskation oder durch Ablösung erfolgen, ob der Kapitalist entschädigt werden soll oder nicht. Kautsky spricht sich für eine Entschädigung aus, und zwar soll man den Kapitalisten für die Abtretung ihres Eigentums Schuldberechtigungen ausstellen. Darin erblickt Kautsky folgenden Vorteil: „Wenn alles kapitalistische Eigentum die Form von Schuldberechtigungen des Staates, der Gemeinden und Genossenschaften angenommen hat, wird es möglich, eine progressive Einkommenssteuer, eine Vermögens- und Erbschaftsteuer in einer Höhe einzuführen, wie sie bis dahin unmöglich ist.“ Und nun folgen die in dem M.-Glabbacher Flugblatt wiedergegebenen Sätze, worauf es dann weiter heißt, daß die Situation sich vollständig ändern würde, wenn das kapitalistische Eigentum die Form von Schuldberechtigungen angenommen habe. Dann seien Steuerhinterziehungen ebenso unmöglich wie Auswanderungen der Kapitalisten, und so heißt es zum Schluß: „Unter diesen Umständen wird es möglich, die progressiven Einkommens- und Vermögenssteuern so hoch zu schrauben, wie man braucht, wenn nötig so hoch, daß sie Konfiskation der großen Vermögen nahe- oder gleichkommen.“

Was also sagt Kautsky, wenn man seine Ausführungen im Zusammenhang betrachtet? Nichts weiter, als daß man gegenwärtig, unter der Herrschaft des Kapitalismus, die direkten Steuern „beliebig hoch“ schrauben kann, daß der Steuerfuß auf eine Konfiskation des Vermögens hinausläuft. Mit keinem Worte sagt Kautsky etwas davon, daß man nicht heute schon die Einkommens- und Vermögenssteuer so hoch gestalten könne, daß daraus die Bedürfnisse von Reich, Staat und Gemeinde bespart werden könnten, mit keinem Worte sagt er etwas gegen die Ausführbarkeit des sozialdemokratischen Steuerprogramms, außer daß wir dabei auf Schwierigkeiten stoßen würden, was bei der Steuerhau der Besitzenden nicht weiter verwunderlich ist. Man kann über den Wert solcher Betrachtungen, wie sie Kautsky über den „Tag nach der Revolution“ anstellt, ver-







dem Unternehmen schloß bekommen ist. In der Debatte richtete ein Aktionär an Hilger die Frage, warum die Waggonfabrik der Laurahütte nicht ebenso hohe Erträge abwerfe, wie die Breslauer Waggonfabrik. Hilger antwortete, daß diese Firmen besonders den sehr rentablen Bau von Personenwagen betreiben, während die Laurahütte den Arbeiterlohn für eine derartige Produktion nicht erlangen könne und sich daher auf die minder einträgliche Herstellung von Gütermotoren beschränken müsse. Warum die Laurahütte einen solchen Arbeiterlohn, der die Rentabilität ihrer Waggonfabrik beträchtlich erhöhen könnte, nicht zu erlangen vermag, hat Herr Hilger der Generalversammlung verschwiegen, er hielt es wohl nicht für angebracht, zu berichten, daß durch die in den Laurahüttenbeständen übliche Behandlung und Bezahlung der Arbeiter dieses Ziel erreicht werde.

Ueber die Lage im Maschinenbau wurde der Generalversammlung der Harpener Maschinenbau-Gesellschaft mitgeteilt, daß die Beschäftigung zwar etwas zugenommen habe, dagegen die Preise noch sehr gedrückt seien, da alle an den Markt kommenden Aufträge sehr umstritten werden. Die Laurahütte-Altkien-Gesellschaft für Eisengießerei und Maschinenbau in Altkien in Schlesien bringt eine Dividende von 7 Prozent gegen 7 1/2 Prozent im Vorjahr zur Verteilung; hier bemerkt, daß bei Beginn des neuen Geschäftsjahres reichlich Aufträge vorliegen. In der Generalversammlung der Wilhelmshütte Altkien-Gesellschaft für Maschinenbau und Eisengießerei wurde die Verwaltung, daß ein Bestand an Aufträgen von 1 620 000 M. gegen 1 370 000 M. im Vorjahr vorläge, und daß besonders der Absatz von Hochdruckmaschinen außerordentlich stark wäre. Vom kommenden Frühjahr erwarte die Verwaltung ein lebhaftes Geschäft und eine Aufbesserung der Preise. Die Vereinigten Metallwarenfabriken Haller in Altona-Dittensen werden nach den üblichen Abschreibungen für das am 30. September abgeschlossene Geschäftsjahr wie im Vorjahr eine Dividende von elf Prozent verteilen. Der Generalversammlung wird die Erhöhung des Aktienkapitals um 750 000 M. auf 3 Millionen Mark vorgeschlagen. Dieser Betrag soll zur Abholung der durch den Erwerb der Eisengießerei Torgelow entstandenen Schulden sowie zur Bezahlung aller auf den Grundstücken der Gesellschaft lastenden Hypotheken dienen. Die Ausschüßten des neuen Jahres versprechen nach Angabe der Verwaltung ein zufriedenstellendes Ergebnis. Die Direktion der Sächsischen Maschinenfabrik Hartmann in Chemnitz, über den Abschluß der Gesellschaft haben wir bereits berichtet, konsolidierte in der Generalversammlung, daß die Beschäftigung aller Abteilungen gut sei, nur die Preise seien noch teilweise gedrückt. Besonders belebt sei das Geschäft in Textilmaschinen, namentlich in Webstühlen, auf die diesmal so viel Aufträge vorliegen als zur gleichen Vorjahreszeit. In den ersten vier Monaten lag der Umsatz auf 5,3 Millionen (im Vorjahr 4,4 Millionen). Der Bestand an Aufträgen betrage zurzeit 9 Millionen Mark, in den nächsten Tagen werde er sich voraussichtlich auf 12 Millionen Mark erhöhen, da ein großer Lokomotivenauftrag in Aussicht steht.

Ueber das fortgesetzte Sinken der Preise in der Fahrradindustrie sagt der Bericht der Viktoria-Werke, Altkien-Gesellschaft in Nürnberg, die bei einem Reingehalt von 111 952 M. gegen 112 963 M. im Vorjahr eine Dividende von 5 Prozent gegen 6 Prozent im Vorjahr verteilen. Bei vielen deutschen Fahrradfabriken ist der Umsatz beträchtlich zurückgegangen, neben dem Rückgang des Inlandsabsatzes sank auch die Ausfuhr. Die Ausfuhr von Fahrrädern (nach Gewicht in Doppelzentnern) betrug in der Zeit von Januar bis September 1909 10 109 gegen 17 414 und 19 768 in den Vergleichsjahren 1908 und 1907. Die Preisverhältnisse litten nicht nur unter der Krise, sondern auch noch unter dem infolge der Auflösung der Fahrradkonvention verschärften Preiskampf.

Die wenig rühmliche Epifone der Nordseewerke in Emden hat nun definitiv ein Ende genommen. Die Versuche einer nachmaligen Sanierung der Gesellschaft, die lange in den letzten Jügen lag, und die neuerdings geführten Verhandlungen über den Verkauf der Werke an ein ausländisches Konjunktum sind gescheitert. Die Eiderwerke Emden, die vor einiger Zeit den Betrieb eingestellt, soll nach vorliegenden Berichten Anfang Januar die Arbeit wieder aufnehmen.

### Sturm der Scharfmacher auf die „Schutz“verordnung der Hüttenarbeiter.

Kaum ist ein halbes Jahr ins Land gegangen, seitdem die famose Verordnung zum „Schutz“ der Arbeiter in der Großeisenindustrie in Kraft trat, und schon rüsten die Scharfmacher auf der ganzen Linie, um dies „Rechtsmittel“ bürokratischer Einseitigkeit und sozialpolitischer Kurzsichtigkeit zu Fall zu bringen. Die Regierung suchte ja in ihren „Ausführungsbestimmungen“ mit vieler, etwas dunklen, aber zu nichts verpflichtenden Worten die Hüttenarbeiter über das wichtige Ergebnis der „Schutzverordnung“ hinwegzutäuschen, so daß die Schläuberger, die sich so gern die „Priorität“ auf dem Gebiet der Agitation für Hüttenarbeiterschutz erschwandeln möchten, aus der Verordnung herauslasen, daß der wirkliche Schutz erst nachkommen solle. Wir mußten damals diese „Soffnung“, die aus einem Wunsch her Verlegenheit geboren war, gleich als sehr wenig begründet erklären. Was jetzt vorgeht, um das elende hübsche Hüttenarbeiterwunder, der ja auch der Form nach fast nur auf dem Papier steht, wieder wegzuräumen, gibt unseren Ausführungen von früher völlig recht. Selbst der blaße Schein eines Hüttenarbeiterschutzes ist den Gewaltigen vom Stahlwerksverband ein Dorn im Auge, weil er nicht passen will zu dem geltenden Grundsatze, daß die Hüttenkassen in den Eisenmagazinen ihre „natürlichen Wohltäter“ und geborenen Beschützer verehren sollen.

Von uns ist ja wiederholt darauf verwiesen worden, daß der ganze Aufbau der Schutzverordnung und die Postulierung der Ausnahme zur Regel den Hüttenherren nicht wehe tun wird. Die Wirkung der Verordnung, wie sie in der Zeit nach dem 1. April zum Ausdruck kam, ist ja auch im hauptsächlichsten Effekt nur eine Schikanierung, oft sogar eine Lohnkürzung der Arbeiter gewesen. Nebenbei konnte man auch erfahren, wenn die Hüttenherren die „Schuld“ an der Verordnung beinahe. Wenn sich die Arbeiter über unbillige, unerschöpfte Maßnahmen der Werkverwaltungen nach der Geltung der „Schutzverordnung“ beschwerten, bekamen sie oft die mit inquisitorischer Brut herausgestohrene Versicherung zu hören, daß dies den Sozialdemokraten und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband zu danken sei. Diese, wie es schien, allgemein von den Werkverwaltungen verabreichte, versuchte Diskreditierung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ging ja nun völlig daneben und mußte daneben gehen. Es fiel auch keinem Werkmagazinen damals ein, etwa die „Christliche Hilfsigkeit“ in Duisburg für die „Schuld“ der Schutz-

verordnung verantwortlich zu machen, jedenfalls ist uns solches nicht bekanntgeworden, wohl aber unzählige Befehle vom Gegenteil.

Die Sturmverurteilung des Hüttenkapitals gegen den Hüttenarbeiterschutz haben sich nun in letzter Zeit derart gemehrt, daß es notwendig ist, auf die Sache erneut einzugehen. So hat nach Zeitungsberichten der einzige Westen die „Eisenhütte Ober-Schlesien“, ein Zweigverein des Vereins deutscher Eisenhüttenleute, in ihrer in Dentschen abgehaltenen Hauptversammlung die Folgen der Schutzverordnung besprochen und Abhilfe verlangt. In einem fulminanten Artikel unter der Überschrift: „Irregelmäßige Sozialpolitik“ kommt das Berliner Scharfmacherorgan Die Post in der Nummer 512 vom 1. November 1909 auf diese Tagung zu sprechen und fällt mit allerlei krausen „Gründeln“ über die Schutzverordnung her. Da der Artikel der Post wohl als eigentliche Fanfare, als Sturmblase aufgeführt werden kann, wollen wir das unsinnige Anzählen etwas eingehender nachgehen. Die Post schreibt:

„Zur Vermehrung der zahlreichen Betriebserschwernisse, die der deutschen Eisenindustrie in unserem Zeitalter übertriebenem sozialer Fürsorge bezeugt worden sind, hat auch der Bundesrat in diesem Jahre durch seine Außenverordnung vom 1. April mit beigetragen. In dieser Arbeitspausenverordnung hat die Eisenhütte Ober-Schlesien, ein Zweigverein des Vereins deutscher Eisenhüttenleute, in ihrer am Sonntag in Dentschen stattgefundenen Hauptversammlung in bemerkenswerter Weise Stellung genommen. Und da diese Verordnung des Bundesrates demnach auch andere Verbände unserer Eisenindustrie beschäftigt sind, so sei schon heute auf die von dem Vorsitzenden der „Ober-schlesischen Eisenhütte“ gelebte Kritik hier hingewiesen. Handelt es sich doch wieder um ein Meisterstück bürokratischer Einseitigkeit und sozialpolitischer Kurzsichtigkeit.“

Es folgt dann ein Eingehen auf die Forderungen der Schutzverordnung selbst, die unseren Lesern ja bekannt ist. Danach bekommt wieder die sozialdemokratische Arbeiterbewegung ihr Lob, indem ihr die Schuld an der Verordnung zugeworfen wird. Der kleine schwarze Mäffer und Gernegroß in Duisburg wird sich die Verkennung der Post nicht hinter den Spiegel stecken:

„Die ganze Verordnung stellt sich wieder einmal als ein Erfolg der sozialdemokratischen Agitation dar, die stets bemüht gewesen ist, die Arbeit in den Eisenhütten viel schwieriger hinzustellen, als sie wirklich ist. Und daß ihr dies gelungen ist, dafür ist diese ganz unzulässige Verordnung der beste Beweis.“

Im ferneren wird dann versucht, die unmenschlich harte und schwere Arbeit der Hüttenleute quasi als Spielerei, als Sport hinzustellen:

„Wie steht es denn eigentlich mit der zwölfstündigen Arbeitszeit im Hüttenbetrieb? Sie ist doch nie gleichbedeutend gewesen mit einer wirklichen Arbeitszeit von zwölf Stunden. Der Betrieb selbst bringt ja selbst naturgemäße Pausen mit sich, denn die Naturkräfte, die bei den Hüttenprozessen mitwirken, lassen sich nicht reglementieren, selbst nicht vom Bundesrat! Außerdem ist aber für Frühmorgens, Mittagessen, Vesper u. s. w. soviel Zeit in Abzug zu bringen, daß als wirkliche Arbeitsmaximum höchstens 9 Stunden herauskommen. In sehr vielen Fällen verringert sich dieses Maximum auf 8, 7, 6, ja sogar 5 Stunden.“

Die Hüttenarbeiter werden sich über diese Sachkenntnis eines Scharfmachertribünen das verwundern. Wenn die Verhältnisse wirklich so rosig sind, wie hier geschildert wird, was haben dann die Hüttenherren für Anlaß, gegen die „Schutz“verordnung mit aller Macht anzurennen? Die Verordnung selbst will doch höchstens die 10stündige Arbeitsdauer, die ja de facto durch die Ausnahmen zur 16stündigen Regel werden kann, mit nachfolgender 24- oder 30stündiger Sonntags-Ruhezeit! Die „Schutz“verordnung will ja alle „Pausen“ auch unter einer Viertelstunde (ohne Grenze nach unten) abtoben und auf die Gesamtpause anrechnen! Wären die Verhältnisse derart, wie in der Post geschildert wird, dann hätte doch jeder Grund, gegen die Verordnung anzurennen. Kennen die Hüttenkapitalisten aber doch dagegen an, so sollte dies auch für die Regierung der beste Beweis dafür sein, daß die Schutzverordnung nicht zungunsten, sondern zum besseren Schutze der Hüttenarbeiter ausgebaut werden muß. Was übrigens die Hüttenverwaltungen alles als „Pausen“ betrachten, konnten die Arbeiter erkennen, als vor dem 1. April die Pausen in den Werken von den Beamten „festgestellt“ wurden. Wenn der Dienmann zwischen zwei Chargen Schmelzarbeiten verrichtet, Material in seiner beladenen Schieblarre anzufahren, die Glut des Ofens schüren mußte u. s. w. und in solchen Fällen wohl erklärte, daß diese Zeit doch nicht als Pausen gelten könnte, dann wurde oft erwidert: „Ach was, das ist keine Arbeit!“ Den Hüttenherren ist nur die allerhöchste Schutzel Arbeit; solche Arbeit, die nicht direkt unter dem Zwang der Elementarkraft, geht durch Feuer und Dampf, vor sich geht, ist pure Spielerei, ja sogar — Erholung und gilt als Pause! Es ist wirklich zu bedauern, daß die sonderbaren sozialpolitischen Hüttenarbeiter„Freunde“ nicht gezwungen werden können, eine Zeitlang einmal nur mit solchen Pausen als Arbeiter im Hüttenwert zu fröhnen. Die Lust würde, falls sie je vorhanden wäre, bald dahin sein. Die Post schreibt weiter:

„Jetzt, da die Eisenindustrie schwer daniederliegt, da sie nicht nur ihre Produktionsfähigkeit ausnützen kann, da sie zum Teil nur deshalb den Betrieb nicht einstellt, um ihre Arbeiter nicht auf die Straße zu setzen, kann man sich, so schlecht es gehen will, mit dieser Pausenverordnung abfinden. Für die guten Zeiten einer flotten Konjunktur aber bedeutet diese Verordnung eine sehr schwere und ernste Verringerung der Produktionsfähigkeit der Werke und somit eine beträchtliche Erhöhung der Produktionskosten. Um die durch die Pausenverordnung verloren gehende Zeit wieder einzubringen, müssen mehr Arbeiter eingestellt werden. Und selbst diese, die Selbstkosten beträchtlich erhöhende Maßregel ist unter Umständen nicht durchführbar, weil es in guten Zeiten meist an gut geschulten Arbeitern fehlt, die diese Mehrarbeit übernehmen können. Und stellt man ungeschulte Arbeiter ein, so ist dies meist gleichbedeutend mit einer schweren Gefährdung der Betriebssicherheit.“

Die Hüttenleute wissen ja selbst gut genug, wieviel von ihnen auf die Straße gesetzt wurden, als die Krise ihre Rückwirkungen auch auf die Großeisenindustrie ausübte. So daß wir uns bei dieser Litade nicht weiter aufhalten wollen. Daß es „in guten Zeiten“ meist an „gut geschulten“ Arbeitern fehlt, die durch die Schutzverordnung — notabene: wenn sie durchgeführt würde! — notwendig werdende Mehrarbeit zu übernehmen, steht in auffälliger Widerspruch zu der vom Strindens kurz vorher gerühmten angeblich so kurzen Maximalarbeitszeit von „8, 7, 6, ja sogar 5 Stunden!“ Es muß doch wohl so idyllisch nicht hergehen in den Werken der Hüttenindustrie, wenn die qualmgequälten Hüttenleute die gezeigten Wohltäter derart küssen! Und die sagliche Schlussfolgerung könnte nur wieder die sein, einen energischen Hüttenarbeiterschutz zu schaffen, damit die Arbeiterflucht etwas aufhört. Für Logik aber sind die Scharfmacher nicht empfänglich. Statt dessen aber läßt die Post noch verstärkte Raffanarufe aus:

„Wie unter diesen Umständen sich der Bundesrat zu dieser Verordnung entschließen konnte, noch dazu nachdem die deutsche Eisenindustrie eine so schwere Krise durchgemacht hat, von der sie sich noch lange nicht erholt hat, ist rätselhaft. Ist sich der Bundesrat denn wirklich nicht darüber klar, daß er mit dieser Verordnung schärflich auf den von der Sozialdemokratie so heiß ersehnten W e t t u n g e n

so mit vollen Händen losrennt? Bei Einführung der Maximalarbeitszeit würde die wirkliche Arbeitszeit ebenso wie bei der zwölfstündigen noch in erheblichem Maße verringert, so verringert, daß von einer Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Eisenindustrie auf dem Weltmarkt nicht mehr die Rede sein könnte.

Es wäre deshalb sehr zu wünschen, daß die Regierung den berechtigten Beschwerden der deutschen Eisenindustrie, die hier zum Ausdruck gekommen sind und noch weiter zum Ausdruck kommen werden, Beachtung zuteil werden läßt und sobald wie möglich Remedur einleiten lassen wird.“

Wirklich wieder sehr sonderbar. Obwohl heute die Arbeitszeit „in sehr vielen Fällen“ 8, 7, 6, ja sogar nur 5 Stunden im Maximum betragen soll in den Hüttenwerken, wird doch die Regierung damit gaulisch zu machen versucht, daß man mit der Verordnung „sich läßt“, auf den von der Sozialdemokratie so heiß ersehnten W e t t u n g e n t a g mit vollen Egein losrennt! Das kennzeichnet das Nachwort der Post zur Wendung. Es ist noch immer das selbe Spiel: Als unser Kollege O. S. u. e. erstmalig auf die Mißstände in den Hüttenwerken hinwies, behauptete Dr. B e d m e r mit jeder Eiten, es herrsche „peinliche Sauberkeit“ in den Hüttenwerken. Den „Argumenten“ der Scharfmacher kann man den Schwanzel gleich ansehen.

Am 23. Oktober kam auch die Rheinisch-Westfälische Zeitung folgenderart auf die Sache zu sprechen:

„Der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrie hat seine diesjährige Generalversammlung am 23. November ab. Auf der Tagesordnung steht als wichtigster Punkt: Die Bundesratsverordnung vom 1. April 1909. Es soll in diesem Punkt der Tagesordnung der Nachweis geliefert werden, daß die jetzige Art der Durchführung der in Rede stehenden Verordnung erstens eine ungleichmäßige ist und darum Verwirrung unter den Arbeitern der verschiedenen Werke anrichtet, zweitens die technische Sicherheit der Betriebe beeinträchtigt und deshalb unter Umständen Gefahren für Leib und Leben mit sich bringt, drittens die wirtschaftlichen Interessen nicht allein der Arbeitgeber, sondern auch der Arbeitnehmer zu schädigen geeignet ist. Dieser Nachweis kann, wie es in der Einleitung heißt, nur dadurch geführt werden; daß die im praktischen Betrieb beschäftigten Männer an den Verhandlungen teilnehmen und ihre Erfahrungen mitteilen.“

Das kann ja gut werden. Der „Nachweis“ wird auf dieselben schlagenden „Gründe“, die auch die Post anführt, herauskommen. Wenn die jetzige Art der Durchführung der Schutzverordnung ungleichmäßig ist und darum unter den Arbeitern „Verwirrung anrichtet“, so braucht doch deswegen, um diese „Verwirrung“ zu beseitigen, der „Schutz“ nicht zu fallen, sondern es müssen eben alle Werke gleich (gleich scharf, nicht gleich lässig) angefaßt werden. Die „Gefahren für Leib und Leben“ sind wohl zu übersehen mit „Gefahren für den Profit der Herrenherren!“ Im übrigen ist das hierzu Nötige schon an die Adresse der Post gesagt worden. Wie die Interessen der „Arbeitnehmer“ geschädigt oder gefährdet werden, sollten die Herren zu beurteilen ruhig den Arbeitern überlassen. Die Zeiten sind im allgemeinen sehr immer dahin, wo der Fuchs den Hühnern predigen konnte. Heute erweist solcher Versuch nur Heiterkeit. Daß die „im praktischen Betrieb beschäftigten“ Arbeiter „an den Verhandlungen der Generalversammlung der Scharfmacher teilnehmen und ihre Erfahrungen mitteilen“ werden, hoffen wir gar nicht. Die kommen ja bei dem Hüttenkapital nur als Objekt für Unterbildungsmassnahmen in Betracht.

Die Hüttenleute mögen auf der Hut sein. Die Schutzverordnung hat ihnen ja bis jetzt wenig geholfen, aber der Nimbus der „Wohltäter“ ist dadurch angegriffen. Es wird sich ja bald zeigen, ob die Minister so tanzten, wie das Hüttenkapital ausspielt, ob die bisher inszenierte Hüttenarbeiterschutzmödie so weitergespielt werden soll, oder endlich ob den Hüttenleuten der so notwendige Schutz bald einmal im Ernst zuteil wird.

Was wir oft sagten, wiederholen wir: Die Hüttenleute müssen um einen wirksamen Schutz kämpfen in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, im Deutschen Metallarbeiter-Verband.

### Die deutsche Lokomotivindustrie.\*

III.

Die Lohnverhältnisse bei der Firma Henschel & Sohn in Cassel.

Zeiten wirtschaftlichen Niederganges sind ja nicht besonders geeignet zur Aufnahme von Lohnkürzungen. Sie können aber hohen Wert haben, wenn die Verdienste in Vergleich zu den bei guter Konjunktur erzielten gebracht werden. Das ist bei der hier zur Besprechung gelangenden Aufnahme geschehen und daher rechtfertigt sich wohl die Veröffentlichung.

In den Nummern 43 und 44 der Metallarbeiter-Zeitung ist ein Bild von der Lage der Lokomotivindustrie und von den Arbeitsverhältnissen im allgemeinen gegeben und gezeigt worden, daß die Industrie außerordentlich prosperiert und für die Unternehmer bedeutende, über das Normale hinausgehende Gewinne abwirft, die Arbeiter hingegen nur in Ausnahmefällen ausreichende Verdienste erzielen und diese auch nur dadurch, daß mit ihrer Arbeitskraft zu ihrem Schaden Handbau getrieben wird. Von den Lohnverhältnissen des größten Werkes, Henschel & Sohn in Cassel, kann nicht gesagt werden, daß sie besonders günstig sind, im Gegenteil, wohl aber kann man behaupten, daß mehr als irgendwo anders an die Arbeitskraft des einzelnen außerordentliche Anforderungen gestellt werden. Die bereits mitgeteilte hohe Ertragszahl nach dem Bericht der Betriebskontrollen für das Jahr 1908 (92,41 Prozent) redet da eine deutliche Sprache. Ein Herr von Ingenieuren, Helfern und sonstigen Vorgesetzten in diesem Betrieb dafür, daß ohne Unterbrechung fleißig gearbeitet werden muß, daß die Arbeiter sich nicht „verjüngern“ können. In vorigen Jahre, dem letzten der Hochkonjunktur, waren außerdem Arbeitszeiten von 12 bis 14 Stunden die Regel. Oft wurde verlangt, besonders an Sonnabenden, daß den ganzen Tag über von morgens 6 Uhr bis Sonntag morgen um 4 oder um 5 Uhr hintereinander gearbeitet wird. Drei Arbeiter, die sich weigerten, 30 (dreißig) Stunden ununterbrochen durchzuarbeiten, wurden aber einfach entlassen. Trotz der angestrengten Tätigkeit war der Verdienst der Arbeiter gerade so, daß das Alternativdieselte haben bestritten werden konnte. Und auch das nicht in allen Fällen. Ueber die in Anbetracht der teuren Lebenshaltung geringen Stundenverdienste täufchte der durch die lange Arbeitszeit erzielte Gesamterdienst hinweg. Erst nachdem jetzt ein andauerndes Nachlassen der Konjunktur auch in diesem Betrieb sich bemerkbar macht, klagen die Arbeiter über zu niedrige Löhne. Die Lohnverhältnisse der Arbeiter von Henschel & Sohn gegenüber dem andauernden Mahnen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, sich zu organisieren, rächt sich jetzt an ihnen bitter.

Es war von vornherein nicht die Absicht, die Statistik auf alle im Betrieb beschäftigten Arbeiter auszudehnen. Es kam zunächst nur darauf an, aus allen Teilen des Betriebes geüßermassen Stichproben zu erhalten, um wenigstens ein Bild im Kleinen zu bekommen. Diese Absicht ist in der gewünschten Weise erreicht worden. An der Erhebung haben sich organisierte und auch nichtorganisierte

\* Siehe die Nummern 43 und 44.



bedeuten, soweit sie angegangen wurden, beteiligt. Es galt die Höhe der jetzt und um die gleiche Zeit des vorigen Jahres erzielten Verdienste festzustellen, ferner die bei der jetzt unregelmäßigen Arbeitsweise gefallene Stundenzahl innerhalb einer Lohnzahlungsperiode zu erörtern, um auf die tatsächlichen Verdienste schließen zu können. Um nicht in allen Fragen auf schlagende Angaben angewiesen zu sein, wurde nach den Verdiensten in zwei Lohnperioden, der 5. und 7. (nach der Betriebsrechnung) gefragt. Die Verdienste aus derselben Zeit des Vorjahres sind nach den Anweisungen der Beauftragten aus den Lohnbüchern von den befragten Arbeitern berechnet. Die Feststellung der diesjährigen Stundenverdienste wurde dann mit Hilfe der ebenfalls erfragten gearbeiteten Stundenzahl durch Berechnung von uns gemacht. Infolge der Wichtigkeit der vorgelegten Fragen war das eingegangene Material fast ausnahmslos zu verwenden. Ueber den Umfang der Erhebungen gibt die Tabelle I Auskunft.

Umfang der Erhebungen. (Tabelle I.)

Berufe	Die Erhebungen erstreckten sich auf	Das sind Prozent der Beschäftigten	Von den Befragten sind	
			Vorarbeiter	Hilfen
Drehler	128	25	20	108
Feilenhauer	9	60	—	9
Formier (Hand-)	20	28	—	20
(Maschinen-)	7	70	—	7
Kesselschmiede, Stemmer zc.	18	15	8	10
Kupferschmiede	15	80	8	7
Maschinenarbeiter	97	10	9	88
Schleifer (Werkzeug-)	18	80	—	18
Schlosser	288	16	71	195
Schmiede	28	8	8	20
Vorzehner	10	25	—	10
Zuschläger, Mieter zc.	18	10	—	18
Hilfsarbeiter	89	18	—	89
<b>Zusammen</b>	<b>706</b>	<b>15</b>	<b>119</b>	<b>587</b>

Die zweite Spalte der vorstehenden Tabelle weist die Zahl der aus den einzelnen Berufen an der Erhebung Beteiligten nach; in der dritten Spalte ist angegeben, welchen Umfang die Erhebung prozentual zu der Zahl der Beschäftigten hat und inwieweit die Antworthenden Vorarbeiter oder Hilfen sind. Nach dem letzteren Verhältnis mußte geforscht werden, um ein zutreffendes Bild von den Löhnen zu erhalten. Es sind von den 120 Drehlern 20 Drehervorarbeiter aufgeführt. Dazu ist erläuternd einiges zu sagen. Es handelt sich bei diesen Vorarbeitern nicht eigentlich um solche, wie wir sie zum Beispiel bei den Schlossern und bei den Schmieden als Feuerschmiede finden, sondern nur der Umstand, daß sie mit einem oder mehreren Lehrlingen arbeiten, zum Teil auch mit erst jetzt kurzen angelernten Leuten, rechnerisch als Vorarbeiter. Die Lehrlinge, die von der Firma den einzelnen Arbeitern zur Ausbildung überwiesen werden, werden bei der Abrechnung mit herangezogen. Die Arbeiter sind so gestellt, daß ohne Lehrlinge nur sehr schwer jemand einen angemessenen Verdienst erzielen kann. Die Kalkulation erfolgt eben unter der Voraussetzung, daß Lehrlinge einen Teil der Arbeit zu geringem Lohn machen. Um diesen Mangel zu beheben, werden die Vorarbeiten, zu befechtigen, muß verlangt werden: Befreiung der Arbeit mit Lehrlingen; Unterweisung der Lehrlinge durch Arbeiter, die in auskömmlichen Lohn gestellt sind. Liegt der Firma daran, ihre etwa 450 Lehrlinge auszubilden, dann muß sie so, wie angegeben, verfahren, wenn nicht der Vorwurf der Lehrlingsausbeutung gegen sie erhoben werden soll.

Die folgende Tabelle II unterrichtet über die im Durchschnitt in den zwei dieser Erhebung zugrunde liegenden Lohnperioden erzielten Verdienste. Auf Grund unserer allgemeinen Beobachtungen kann mit einiger Bestimmtheit behauptet werden, daß die hier ermittelten Verdienste dem entsprechen, was im ganzen Betrieb verdient wird. Auf keinen Fall sind die Verdienste im allgemeinen höher, eher niedriger. Wenn man als Erfahrungssatz einen Stundenverdienst von 50  $\mathcal{M}$  annimmt — und das ist unter den heutigen Verhältnissen wohl das geringste selbst für kleine Städte, gelegentlich dem für eine Straßbahn wie Cassel —, so zeigt sich als Ergebnis unserer Erhebung, daß 399 — 56% Prozent der Beteiligten 50  $\mathcal{M}$  und weniger verdienen und nur 307 — 43% Prozent darüber hinauskommen. Dabei ist zu beachten, daß unter die, die über 50  $\mathcal{M}$  pro Stunde verdienen, sämtliche Vorarbeiter — also Leute, die unter besonders günstigen Umständen arbeiten — fallen, von den Hilfen der übergroßen Mehrzahl der Beschäftigten also nur sehr wenige über diese eher zu niedrig als zu hoch angenommene Erfahrungssatz hinauskommen. Dabei sind die Hilfen, wie vielleicht angenommen werden könnte, keineswegs immer junge, lebige Arbeiter, sondern zu einem erheblichen Teil verheiratete Leute. Die letzten drei Spalten in der Tabelle II weisen die Durchschnittsverdienste aus den einzelnen Berufen nach. Hierbei sind in der dritten Spalte die Verdienste der sämtlichen in Betracht kommenden Arbeiter, der Vorarbeiter wie der Hilfen, einbezogen, in den anderen beiden Spalten die Verdienste dieser getrennt. Hierbei zeigt sich noch deutlicher, was oben schon gesagt wurde, daß von den Hilfen nur in Ausnahmefällen der Stundenverdienst von 50  $\mathcal{M}$  erreicht wird. Wie die Tabelle zeigt, ist das nur bei den Drehern der Fall. Interessant ist auch zu beobachten, welche Differenz zwischen den Verdiensten der Vorarbeiter und der Hilfen besteht. Sie schwankt zwischen 5,1  $\mathcal{M}$  pro Stunde bei den Maschinenarbeitern und 22,3  $\mathcal{M}$  bei den Schmieden. Bei den Drehern beträgt sie 9,8, bei den Schlossern 13,5, bei den Kesselschmieden, Stemmer zc. 15,5 und bei den Kupferschmieden 19  $\mathcal{M}$ .

Stundenverdienste im einzelnen und im Durchschnitt nach Berufen. (Tabelle II.)

Berufe	Beschäftigte	ES verdienen im Durchschnitt nach der 5. und 7. Lohnperiode 1908 pro Stunde										Danach beträgt die Durchschnittsverdienst im Prozent für		
		0-10	11-20	21-30	31-40	41-50	51-60	61-70	71-80	81-90	91-100			
Drehler	128	4	5	14	10	15	23	21	15	15	5	53	360	861,0
Feilenhauer	9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Formier (Hand-)	20	1	2	1	4	3	5	2	1	—	—	13,2	—	—
(Maschinen-)	7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kesselschmiede, Stemmer zc.	18	1	3	—	—	—	—	—	—	—	—	11,3	63	347,8
Kupferschmiede	15	1	1	2	3	3	1	2	—	—	—	15,4	64	252,9
Maschinenarbeiter	97	1	5	8	21	21	24	15	1	—	—	18,4	53	47,9
Schleifer (Werkzeug-)	18	2	2	3	5	—	—	—	—	—	—	15,0	—	—
Schlosser	288	9	9	55	51	45	47	24	14	10	4	50,2	60	146,6
Schmiede	28	—	3	3	8	4	5	2	1	2	2	51,0	70	47,7
Vorzehner	10	1	1	4	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zuschläger, Mieter zc.	18	—	—	4	2	3	3	—	—	—	—	—	—	—
Hilfsarbeiter	89	10	11	10	15	8	1	3	—	—	—	—	—	—
<b>Zusammen</b>	<b>706</b>	<b>25</b>	<b>35</b>	<b>112</b>	<b>125</b>	<b>126</b>	<b>79</b>	<b>40</b>	<b>34</b>	<b>20</b>	<b>8</b>	<b>39,9</b>	<b>397</b>	<b>307</b>

In Anbetracht an diese Darstellung lassen wir auch gleich Tabelle III folgen:

Durchschnittsverdienste und Vergleiche. (Tabelle III.)

Berufe	ES verdienen im Durchschnitt nach der 5. und 7. Lohnperiode 1908 pro Stunde				Vergleich 1907
	in der 5. Lohnperiode	in der 7. Lohnperiode	im Durchschnitt	im Durchschnitt	
Drehler, zusammen	54,9	58,5	58,9	58,8	+ 2,0
Vorarbeiter	61,0	60,8	60,8	61,2	- 0,4
Hilfen	51,9	59,9	51,0	54,0	+ 8,0
Feilenhauer	58,4	84,0	58,5	58,5	- 5,0
Formier (Hand-)	54,5	52,1	53,2	53,5	- 0,8
(Maschinen-)	42,7	36,8	39,7	41,8	- 2,1
Kesselschm., Stemmer zc., zusammen	52,0	50,8	51,8	55,1	- 8,8
Vorarbeiter	65,8	61,8	63,8	67,0	- 8,7
Hilfen	48,8	47,0	47,8	52,0	- 4,8
Kupferschmiede, zusammen	67,8	59,4	55,4	63,4	- 5,0
Vorarbeiter	67,8	60,0	64,2	75,1	- 10,9
Hilfen	45,5	45,1	45,3	50,0	- 4,8
Schleifer (Werkzeug-)	45,0	45,0	45,0	46,4	- 1,4
Maschinenarbeiter, zusammen	48,8	48,4	48,4	52,0	- 3,6
Vorarbeiter	58,0	54,0	58,0	62,0	+ 1,0
Hilfen	47,8	47,8	47,8	52,0	- 4,1
Schlosser, zusammen	50,7	50,0	50,2	58,8	- 8,4
Vorarbeiter	61,4	59,8	60,1	67,0	- 6,9
Hilfen	46,8	46,4	46,6	48,8	- 2,0
Schmiede, zusammen	54,0	58,7	54,0	58,0	- 4,0
Vorarbeiter	69,5	74,1	70,0	72,5	- 2,5
Hilfen	47,8	47,8	47,7	51,8	- 3,8
Vorzehner	45,8	45,8	45,8	48,8	+ 1,5
Zuschläger, Mieter zc.	58,8	50,4	51,8	58,8	- 7,0
Hilfsarbeiter	40,8	39,7	40,0	42,8	- 2,6

Die vorstehende Tabelle enthält für jeden Beruf die Durchschnittsverrechnungen für jede einzelne der beiden Lohnperioden, den Durchschnittsverdienst von beiden Perioden zusammen und den für die gleiche Zeit des Vorjahres. Aus der vorletzten Spalte ergibt sich, daß die Stundenverdienste aus im vorigen Jahre, trotz der guten Konjunktur, keine hohen gewesen sind, sondern auch nur um das angenommene Minimum herum schwanken, in 5 Fällen sogar erheblich darunter blieben. Die letzte Spalte bringt das Ergebnis von Vergleichen mit den Durchschnittsverdiensten beider Jahre. Danach sind mit Ausnahme der Vorarbeiter bei den Maschinenarbeitern und den Vorzeichnern in allen Berufen die Verdienste zurückgegangen. Am geringsten ist der Rückgang bei den Formieren, am höchsten bei den Kupferschmieden mit 8,8  $\mathcal{M}$  pro Stunde. Trotz weiterer Verteuerung der Lebenshaltung eine Verdienstminderung! In Tabelle III ist noch ein Weiteres interessant. Bei den Drehern, Schmieden, Kesselschmieden und Maschinenarbeitern zeigt ein Vergleich der Verdienstrückgänge bei den Vorarbeitern und Hilfen, daß er bei den Hilfen ein größerer als bei den Vorarbeitern ist. Damit ist das bestätigt, was wir in Nr. 44 über die Wirkungen des Vorarbeiterstimmens sagten, nämlich, daß das System dazu anreißt, allgemeine Verdienstrückgänge auf die Hilfen in erhöhtem Maße abzuwälzen. Dann ist in dieser Tabelle noch das Schwanken der Verdienste von einer Lohnperiode zur anderen bemerkenswert.

Die durchschnittlichen Stundenverdienste geben nur dann ein zutreffendes Bild von den wirklich erzielten Verdiensten, wenn die normale tägliche Arbeitszeit eingehalten, also wenn voll gearbeitet wird. In Zeiten wirtschaftlichen Niederganges ist, um die Wirkungen des Niederganges auf die Löhne festzustellen, unbedingt die Berücksichtigung der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit geboten. Bei der Firma Henschel & Sohn wird seit mehreren Monaten von einem Teil der Arbeiter tageweis ausgehakt und seit Ende September ist für zirka 2000 Arbeiter eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit um 1 bis 2 Stunden eingetreten. Daneben wird aber noch weiter ausgehakt. Es ist klar, daß diese Verminderung der Arbeitszeit von erheblichem Einfluß auch auf die erzielten Verdienste sein muß, und es wäre unsere Statistik wertlos, wenn diese Minderbeschäftigung nicht berücksichtigt wäre. Es waren daher entsprechende Berechnungen nötig, deren Ergebnis in Tabelle IV dargestellt ist.

Darstellung der Arbeitsstunden im Durchschnitt beider Lohnperioden im einzelnen und für den ganzen Beruf. (Tab. IV.)

Berufe	ES arbeiten vermindert Anzahl Stunden										Danach stellt sich der Durchschnittsverdienst auf	
	0-10	11-20	21-30	31-40	41-50	51-60	61-70	71-80	81-90	91-100		
Drehler	49	14	19	14	10	5	5	1	4	1	1	109
Feilenhauer	4	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	119
Formier (Hand-)	10	7	1	—	—	—	—	—	—	—	—	114
(Maschinen-)	5	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	119
Kesselschmiede, Stemmer zc.	3	1	1	—	—	2	1	1	2	1	1	92
Kupferschmiede	1	1	3	7	2	—	—	—	—	—	—	105
Maschinenarbeiter	47	11	17	8	5	4	1	2	—	—	—	112
Schleifer (Werkzeug-)	10	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	118
Schlosser	87	36	40	38	18	6	13	6	3	4	16	107
Schmiede	17	1	3	7	—	—	—	—	—	—	—	113
Vorzehner	7	2	1	—	—	—	—	—	—	—	—	117
Zuschläger, Mieter zc.	4	4	1	—	—	—	—	—	—	—	—	107
Hilfsarbeiter	63	6	6	4	1	3	1	1	2	—	—	114
<b>Zusammen</b>	<b>307</b>	<b>88</b>	<b>89</b>	<b>76</b>	<b>45</b>	<b>21</b>	<b>22</b>	<b>11</b>	<b>10</b>	<b>9</b>	<b>2</b>	<b>263</b>

Die vorstehende Zusammenstellung zeigt, daß nur 307 — 43% Prozent der an der Erhebung beteiligten Arbeiter in beiden Lohnperioden voll gearbeitet haben, die meisten hingegen, 399 — 56% Prozent, vermindert arbeiten, in einzelnen Fällen fast 12 Tage weniger als 7 Tage. Gegen diese Verkürzung der Arbeitszeit hätten wohl gerade die so abgerollten Arbeiter bei Henschel & Sohn nichts einzuwenden, wenn nicht auch für sie gelten würde, daß der Knüttel beim Grunde liegt, daß die Verringerung der Arbeitszeit eine weitere Verdienstminderung als in dem Rückgang des Stundenverdienstes zum Ausdruck kommt, für sie im Besonderen. Um feststellen zu können, welche Größe diese Verdienstminderung erreicht, ist für die einzelnen Berufe die Durchschnittsverdienste ermittelt worden, die in den einzelnen Lohnperioden und im Durchschnitt beider Lohnperioden zusammen gearbeitet wurde. Die letzte Feststellung ist noch in Tabelle IV in der letzten Spalte enthalten, im übrigen gibt die letzte Zusammenstellung, Tabelle V, Auskunft.

Am interessantesten in dieser Darstellung ist ein Vergleich der Durchschnittsverdienste im Jahre 1908 mit 1909. Er zeigt, daß zum Beispiel bei den Kesselschmieden der Verdienstrückgang 18,92  $\mathcal{M}$  bei den Kupferschmieden 17,91  $\mathcal{M}$  und bei den Zuschlägern, Mietern zc. 15,13  $\mathcal{M}$ , auch bei den Schlossern 10,61  $\mathcal{M}$ , bei den Drehern 8,27  $\mathcal{M}$  beträgt; das sind 23,6, 23,5, 21,4, 16,4, 12,4 Prozent der im Vorjahr erzielten Verdienste. Man sieht, es trifft hier noch viel mehr das zu, was bei Besprechung der Tabelle II schon gesagt wurde. Dabei ist zum Zweck der Ermittlung der Durchschnittsverdienste im Jahre 1908 für die Lohnperiode nur eine Arbeitszeit von 120 Stunden angenommen, obwohl, wie schon ausgeführt, diese Arbeitszeit dauernd erheblich überschritten wurde. Die Differenz zwischen den Verdiensten beider Jahre ist somit wesentlich größer, als wie sie dargestellt ist. Nach Dr. Jastrow betragen die Kosten für eine Lebensmittelperson für eine vierköpfige Familie schon im Jahre 1906 pro Woche 23,01  $\mathcal{M}$ , insofern sind die Preise für Lebensmittel weiter gestiegen. Unsere Aufstellung zeigt aber, daß die Durch-

Die Durchschnittszahl der Arbeitsstunden in den einzelnen Lohnperioden und die sich danach ergebenden Verdienste und Vergleiche. (Tabelle V.)

Berufe	ES arbeiten im Durchschnitt nach der 5. und 7. Lohnperiode 1908		Danach stellt sich der Durchschnittsverdienst auf	
	Arbeitsstunden	Verdienst	Arbeitsstunden	Verdienst
Drehler	112	107	109	61 81 67 24 58 09 68 36
Feilenhauer	119	119	119	68 55 64 26 68 67 74 20
Formier (Hand-)	114	114	114	62 18 59 39 60 85 60 30
(Maschinen-)	119	118	119	50 81 48 42 47 24 50 18
Kesselschm., Stemmer	101	81	92	58 18 40 74 47 20 68 12
Kupferschmiede	115	96	105	65 38 61 28 58 17 78 08
Maschinenarbeiter	114	111	112	55 08 58 72 54 21 62 40
Schleifer (Werkz.)	118	119	118	52 20 58 86 58 10 58 89
Schlosser	110	102	107	55 75 51 — 58 71 64 82
Schmiede	118	112	118	61 02 60 14 61 02 69 60
Vorzehner	119	115	117	58 31 52 10 58 — 52 56
Zuschläger, Miet. zc.	107	105	107	67 85 52 92 55 48 70 56
Hilfsarbeiter	115	112	114	48 85 44 48 45 80 51 12

schnittsverdienst der Arbeiter von Henschel & Sohn nicht einmal in allen Berufen zur Befriedigung der reinen Nahrungsbedürfnisse ausreicht. Für Kleidung, Miete und sonstige Bedürfnisse bleibt nichts mehr übrig. Welche Anforderungen das Leben in Cassel an den einzelnen stellt, das zeigt das Ergebnis der Führung von Haushaltsbüchern einiger Metallarbeiter im Jahre 1908. Danach betragen für 13 Metallarbeiter im Durchschnitt die Jahresausgaben für Nahrungsmittel je 869  $\mathcal{M}$ , für Miete 256  $\mathcal{M}$  und die Gesamtausgaben je 1967,65  $\mathcal{M}$ . Ein Vergleich läßt nur den Schluss zu, daß die große Mehrzahl der Arbeiter sich im Essen und Trinken einschränken muß, wenn sie mit ihrem Verdienst, ohne Schulden zu machen, auskommen will. Wichtige Bedürfnisse müssen unbefriedigt bleiben, um nur das nackte Leben notdürftig fristen zu können. Wahrscheinlich, es erschelnt manchmal unbegreiflich, wie die Arbeiter mit ihren Verdiensten auskommen können. Die Arbeiterfrauen erscheinen da als wahre Helden und Wirtschaftskünstlerinnen, wenn sie zurechtkommen.

Angesichts solcher Feststellungen wie durch unsere Statistik erschelnt es doppelt fatal, daß der Schnapsbrot den breiten Massen des Volkes weitere Lasten aufgebürdet hat für Ausgaben, die einzig und allein im Interesse der reichen Leute liegen. Und es ist durchaus begreiflich, wenn aus allen Teilen des Reiches die Kunde kommt, daß der Protest gegen solche vielfache Auswucherung in der Abgabe sozialdemokratischer Stimmzettel zum Ausdruck kommt. Es wäre zu wünschen, daß die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Selbsthilfe auch bei den henschelischen Arbeitern bald kommen möge. Denn der Verdienstrückgang ist nicht zum wenigsten auf ihre eigene Teilnahmslosigkeit zurückzuführen. Eine starke gewerkschaftliche Organisation, die von ihnen nicht so viel Opfer fordert, wie sie jetzt ohne dieselbe zu bringen gezwungen sind, würde es ermöglichen, daß sie die gute Konjunktur zu ihrem Vorteil ausnutzen könnten, und sie würde es verhindern, daß die Folgen der Krise auf sie allein abgewälzt werden. Albert Grzesinski (Cassel).

Wir erhielten von einem bei A. Borfig (Ziegel) beschäftigten Kollegen folgende Zuschrift:

Unter der Signatur: „Die heutige Salomothindustrie“ erschienen in den Nummern 43 und 44 der Metallarbeiter-Zeitung Artikel, nach denen die Firma A. Borfig als ein Vorado für die Arbeiter betrachtet werden könnte. In der Tabelle II steht die Firma A. Borfig an der Spitze, in Bezug auf die Entlohnung ihrer Arbeiter also glänzend da. Aber der Schein trügt! Wenn man schon dazu übergeht, derartige Tabellen zu veröffentlichen, so sollte man sich auch vergegenwärtigen, ob alles so stimmt. Ich will dem Verfasser der im übrigen sehr lehrreichen und interessanten Artikel keinen Vorwurf machen, aber die Vertrauensleute, die das statistische Material dazu lieferten, haben nicht sorgfältig gehandelt. Man kann wohl die in der Tabelle III angegebenen Sätze als Durchschnittsverdienste bezeichnen, aber nicht als Durchschnittslöhne, und das gilt für alle Werkstätten. Es gibt zum Beispiel Drehler, die noch nicht 40 bis 50  $\mathcal{M}$  verdienen, da eine Menge Arbeiter denartig niedrig sind, daß ein höherer Verdienst gar nicht erzielt werden kann. Es ist ja allerdings ein Kartenkontosystem eingeführt worden, um einen Ausgleich in den Lohnforderungen herbeizuführen, wie behauptet wird; aber sonderbarerweise geschieht die Regulierung nur nach unten, von einer Aufbesserung der schlechten Preise ist nichts zu merken. Aber das ist ja auch ganz erklärlich: wenn die Herren Beamten, denen beweiskräftiges Material darüber übergeben worden ist, wie ein Meister Schiebungen unternimmt, um Preise herunterbrücken zu können, das noch nicht einmal herausfinden können, um wieviel mehr werden da die Karten übersehen, die betweisen, daß der Arbeiter wieder einmal einen Vorstoß hergestell hat, bei dem er das nicht verdient, was er unbedingt verdienen muß.

Aus den Artikeln ist nicht ersichtlich, daß ein großer Teil der Arbeiter 8 Stunden arbeitet. So die Schmiede seit mehreren Jahren, die Drehler, Maschinenarbeiter und Stemmer seit 1906. Als wir im Jahre 1905 die stündige Arbeitszeit forderten und diese 1906 eingeführt wurde, geschah dies ohne Aufbesserung der Lohnpreise, selbstverständlich mußte ein höherer Stundenverdienst erreicht werden, und das konnte nur durch jährliches Anspringen der Kräfte und intensives Arbeiten geschehen. Wenn die Firmen in der Provinz ihre Arbeiter 12 Stunden und noch länger arbeiten lassen, dann bezahlen sie mehr an Lohn als die Firma A. Borfig und haben obendrein noch erheblich mehr Ausgaben an Betriebskosten. Schreiber dieser Zeilen weiß durch eigene Erfahrung, daß zum Beispiel die Drehler vom Vulkan in Stettin jahraus jahrein Überstunden bis 1/9 Uhr abends machen, da steht die kürzere Arbeitszeit nur auf dem Papier.

In den Jahren der Hochkonjunktur war die mechanische Werkstatt bei der Firma A. Borfig ein wahrer Laubenzweig; bußendweise gingen Drehler an und ebenso liefen sie wieder davon. In aller Welt amoncierte die Firma nach Drehern. Und dieser Zustand tritt zweifellos wieder ein, sobald sich die wirtschaftliche Lage gebessert haben wird. Für die Arbeiterklasse rangiert die Firma A. Borfig unter den Firmen der Berliner Metallindustrie nicht an der Spitze. Wir haben Werk- und Obermeister, die früher in der Arbeiterbewegung gestanden und da etwas gelernt haben, die es heute vorzuziehen verstehen und mit folchem unwichtigen und unvollkommenen statistischen Material um die Ohren zu schlagen und bei Preisdifferenzen mit dem Hintertisch zu operieren, daß bei der Firma A. Borfig die höchsten Löhne gezahlt würden. Und da nicht jeder Kollege genügend geschult und schlagfertig ist, gelingt die Absicht des Meisters in den meisten Fällen.

Bei jeder Gelegenheit jammern die Herren Beamten: „Die Firma ist nicht konkurrenzfähig, wir arbeiten zu teuer.“ Wenn man sich aber die Aufstellung über die Dividenden anschaut, so wirkt solches Gemurre einfach lächerlich. Wir haben ja selber keine Einsicht in die Bücher der Firma, aber das mögen sich die Herren



gefragt sein lassen: falls die Firma zu wenig Überprüfungen macht, dann lassen die Urkunden so stehen. Die Firma unterliegt ein starkes Bedauern; es laufen da eine Menge Herren herum, die hohe Gehälter beziehen und keine produktiven Arbeit leisten. Da könnte manches gespart werden, die Salomonsen würden deshalb hoch fahren.

Erwähnen möchte ich noch, daß in letzter Zeit ein ganz strenges Strafsystem eingeführt ist, für alles mögliche wird bestraft; der gewöhnliche Satz ist 25 Pf. Für schlechtes Band- oder Maschinenputzen gilt die Norm von 50 Pf. bis 2 Mark. Dabei wird die Kugel von der Firma noch gar nicht entzogen. Kollegen, es wird Zeit, daß wir uns ermannen und mit dieser Wirtschaft aufzukommen. — Kollege Wraschitzky schreibt uns zu dieser Erörterung:

Der Schreiber des Vorstehenden läßt den Vorwurf durchklingen, als hätte ich mit der Veröffentlichung der Lohnabelle III in meinem zweiten Artikel über die deutsche Lokomotivindustrie leichfertiger gehandelt; auch hätte er gewünscht, daß ich mich erst wegen der Richtigkeit des veröffentlichten Materials vergewissert hätte. Demgegenüber ist darauf zu verweisen, daß ich mich wegen Beantwortung der Fragebogen, wie das wohl selbstverständlich ist, nicht an jeden beliebigen, sondern an die betreffenden Ortsverwaltungen gewendet und auch von diesen das Material zurückerhalten habe. Eine Veranlassung, mich noch besonders zu vergewissern — was sollte das denn auch geschehen! — lag für mich nicht vor. Trotzdem trug ich gerade in bezug auf die Lohnabelle Bedenken, sie zu veröffentlichen und ich entschloß mich nur mit den im Artikel selbst enthaltenen Vorbehalten dazu. Ich meine, das ist reichlich vorsichtig und keineswegs leichfertig gehandelt. Der Einsender übersteht aber den Zweck, den die Veröffentlichung der Tabelle haben soll. Wie ausdrücklich hervorgehoben ist, sollen die aufgeführten Löhne ein Vergleichsmittel zu den gegebenen Dividenden bilden, soll überhaupt der ganze zweite Artikel ein Gegenstück zu dem ersten sein. Ich weiß sehr wohl, daß einzelne der angegebenen Löhne höher sind als die in Wirklichkeit gezahlten, und wenn der Einsender in einem sonst bankenswerten, meinen zweiten Artikel ergänzenden Weise ausführt, daß sie wesentlich höher sind als in Wirklichkeit, so unterstreicht er lediglich nur, was mit der Veröffentlichung der Lohnabelle beabsichtigt ist. Ich kann daher auch nicht einsehen, daß die Lohnabelle Meistern und Obermeistern eine willkommene Handhabe geben soll, gegen die Kollegen mit Aussicht auf Erfolg zu operieren. Ich schätze zudem die Berliner Kollegen so ein, daß sie ohne weiteres in der Lage sind, solchen Leuten derb auf die Fingere zu klopfen.

von Schichtarbeitern nach Dresden D.; nach Schwabach D.; von Westfalen nach Halle a. S. (H. v. d. Gabel, Schreiner, Bau) D.; von Westfalen aller Branchen nach Bonn (Brenner, Maschinenfabrik vormals Wittenberg & Co.) D.; nach Traillheim (Schloßfabrik) D.; nach Gmund (Schmid) D.; nach Göttingen (Gebr. Kuftrat, elektrotechn. Fabrik) D.; nach Hagen i. Westf. (Firmen Buchhaus & Wals und Lang & Co.) D.; nach Königberg L. Pr. (Union, Maschinen, Maschinenfabrik, Kessel u. Kolonnenbau) D.; nach Sigmund (H. Gubisch) D.; nach Patschlaw i. Schles. (Feuerwehrgewerkschaft) D.; nach Krichlich St.; nach Salzgabel (Firma G. A. Kleinloff, landwirtschaftliche Maschinenfabrik) D.; nach Einbeßingen (Firma Dierlamm, Holzmaschinenfabrik) St.; nach Würzburg (Kittelfabrik für landwirtschaftliche Maschinen vormals Gebr. Burbaum) D.; von Metallarbeitern nach Sondern, Kreis Arnberg (H. A. Brumberg) D.; von Schlossern und Goldschmiedbauern nach Düsseldorf (H. F. Pöhl) D.; von Schlossern und Zinkalutern nach Münster i. W. (Firma Steinbrenner, Messen und J. Jöhner) D.; von Hingelern nach Würzburg (Firma Kuderer).

(Die mit A. und S. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L. Lohn- oder Tarifbewegung; U.: Auslieferung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; W.: Wistände; N.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; S.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperrern müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungstelle beglaubigt sein. Vor Arbeitsannahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder dem Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Diese Anfragen sind von der Verwaltungstelle, der das Mitglied angehört, absteampeln zu lassen. Anfragen über Orte, wo keine Verwaltungstelle besteht, wolle man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle die, die an ihrem bisherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

machen müssen, sonst wäre er doch brauchen gelassen. Diese Verhältnisse sind bei der Verhandlung des Verbands mit der Kommission im Schilde zu sehen, was ebenfalls ein Schwerpunkt für die Arbeiter ist, auf mehrmalige Aufforderung unserer Kollegen, sich doch auch zur Sache zu äußern, plapperte er die Verhandlungen noch einmal herunter, ohne natürlich irgend welche Zugeständnisse von Fabrikanten zu erlangen. Die Kommission hat klipp und klar einige Lohnabzüge bewiesen, aber daß Wolf eine große Überlegenheit im Unterhandeln gezeigt hätte, können wir durchaus nicht sagen. Er erklärte sich mehrmals mit den Ausführungen des Kollegen Bauer einverstanden, und er hat auch in der Verammlung mehrmals für die Aufnahme der Arbeit gesprochen. Die Kommission, in der auch ein Mitglied des Gewerkschaftsvereins vertreten war, erklärt es für eine gemeine Lüge, dem Fabrikanten „freundliche Jugend“ zu haben, und nennt dies ganze Manöver des Wolf eine hinterlistige List. Unserer Ansicht nach werden die Fähigkeiten von Wolf im Gewerkschaftsverein gar nicht genügend beachtet, sonst müßte er schon lange in die höchste Generalratsstelle aufgerückt sein. Ueber den „Ehrenbau“ und die „Schnapsfabriken“ werden die Kollegen von Wasserfall den Wolf nach aufklären, wenn er in der Öffentlichkeit hier auftritt. Die Kollegen halten noch wie vor treu zum Deutschen Metallarbeiter-Verband, mögen auch die hiesigen Hirsche nach wie vor für „Religion, Sitte und Ordnung“ kämpfen.

**Gold- und Silberarbeiter.**

Worzhelm. Am 8. November hielten wir eine öffentliche Versammlung im Saalbau ab, die von zirka 2000 Personen besucht war. Es handelte sich darum, zu dem Plane einer Anzahl Unternehmender Stellung zu nehmen, die Arbeitszeit unter Aufsicht der Organisation der Arbeiter anders zu regeln. Kollege Wraschitzky als Referent gab bekannt, daß schon im vorigen Jahre beim Metallarbeiter-Verband eine Anfrage des Arbeitgeberverbandes eingegangen sei, ob man den Arbeitsbeginn von 7 auf 8 Uhr früh verlegen sollte. Diese Anfrage sei bernelnend beantwortet worden. Nun werde neuerdings durch Karten eine Umfrage veranstaltet, ob die Arbeiter mit einer Verlegung des Arbeitsbeginns von 7 auf 8 Uhr einverstanden seien. Der Arbeitgeberverband hat der Leitung des Metallarbeiter-Verbandes auf Anfrage mitgeteilt, daß er auch weiterhin mit der jetzigen Arbeitszeiteinteilung einverstanden sei, durch die Umfrage solle nur festgestellt werden, wieviel Betriebe eine Verlegung wünschten. Daraufhin sei ein entsprechendes Schreiben an den Arbeitgeberverband abgegangen. Heute sei es Sache der Arbeiterschaft der Hauptindustrie, über die vorliegende Frage auch ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen. Sie könne dies am besten dadurch, daß sie beabsichtigt folgende Resolution annehme: „Die heute den 8. November 1909 im Saalbau“ in Worzhelm tagende, äußerst stark besuchte Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Edelmetallindustrie erklärt, daß sie unter keinen Umständen mit dem Vorschlag einzelner Fabrikanten: den Beginn der täglichen Arbeitszeit auf nicht vor 8 Uhr morgens festzusetzen, einverstanden ist. Die Versammlung ist vielmehr mit dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes und der Mehrzahl der Fabrikanten der Ansicht, daß die bisherige Einteilung der Arbeitszeit im Interesse beider Teile die zweckmäßigste ist und jede Abänderung derselben von jedem einschlägigen Arbeitgeber und Arbeiter zu verwerfen ist.“ Die Resolution wurde einstimmig angenommen. — Darauf erstattete Kollege Ehler Bericht über die Hannover Verlegung. Da darüber in Nr. 43 der Metallarbeiter-Zeitung ausführlich berichtet wurde, so sei aus seinen Ausführungen hier nur erwähnt, daß die Lohnverhandlungen, die bei den Verhandlungen in Hannover in Aussicht gestellt wurden, zum Teil schon erfolgt sind. Im übrigen legte Ehler es den Arbeitern der hiesigen Hauptindustrie ans Herz, dafür zu sorgen, in Worzhelm ein gleich gutes Organisationsverhältnis herbeizuführen wie in Hannover. Es fand dann folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die am 8. November 1909 tagende, äußerst stark besuchte Versammlung der in der Worzhelmer Edelmetallindustrie beschäftigten Arbeiterschaft begrüßt mit lebhafter Genugtuung den Erfolg der Hannover Kollegen. Die Versammlung erkennt aber auch an, daß der Erfolg eben nur der geschlossenen Organisation und der Disziplin der Arbeiter zu verdanken ist.“ Aus diesem Grunde verpflichten sich die Anwesenden, mit allen Mitteln für die Erreichung der in der Beschlusselemente Organisation, den Deutschen Metallarbeiter-Verband, zu wirken und für dessen Ausbreitung zu sorgen, um ebenfalls zu jeder Zeit bereit und gerüstet zu sein, Angriffe der Unternehmer abzuwehren und zu geeigneter Zeit auch die Verbesserung der eigenen Lohn- und Arbeitsverhältnisse anzustreben und durchzuführen zu können.“

**Graveur und Ziseleur.**

Berlin. (Die Künstler im Deutschen Metallarbeiter-Verband.) So oder ähnlich lautet die Bezeichnung, die die Graveure und Ziseleure von einem großen Teile des Berufslebens erfahren, wenn von diesen vereinzelte Klagefäden über mangelnde Auszeichnungen aus Berufsreisen innerhalb der Metallarbeiter-Zeitung angeklammert werden. Zutreffend diese oder ähnliche Bezeichnungen in bare Münze umzuwandeln, haben später, zunächst möchte ich einiges über die Berechtigung oder Nichtberechtigung der Klagefäden sagen. Vergleiche der organisierte Graveur die geringe Kost, die ihm vom Graveurverband seinen Angehörigen verabschiedet worden ist, mit der, die ihm der Deutsche Metallarbeiter-Verband bietet, so ist unübersehbar ein Unterschied vorhanden, eine Anerkennung eingetret. Soweit die Metallarbeiter-Zeitung als Kostgeber für die allgemeinen Arbeiterfragen in Betracht kommt, ist für den Graveur eine große Bereicherung seiner geistigen Kraft eingetreten. Dies ist es aber nicht, was gemeint wird, wenn sich Kollegen beklagen, was übrigens nicht nur in der Zeitung, sondern auch sonst geschieht, die Klagen meinen etwas anderes. Die Dinge können gar nicht treffender bezeichnet werden, als Kollege B. W. es tat, indem er schrieb: „Es waren da oft Artikel, die den Graveur besonders interessierten, vor allem aber brachte die „letzte“ Graveurzeitung genaue Berichte über die Bewegung innerhalb des Berufes und das jetzt uns jetzt. Wurde in den früheren Berichten über dieses oder jenes gesagt, dann ärgerte man sich mit, und hatte man da aber dort einen schönen Erfolg zu verzeichnen, da war die Freude allgemein.“ Daß gerade aus den Kreisen der Graveure derartige Klagen kommen, ist verständlich. Zunächst sind die Graveure von der Graveurzeitung betroffen. Daß die Metallarbeiter-Zeitung räumlich über die Graveure nicht das bringen kann, was die Graveurzeitung bringen konnte, ist selbstverständlich. Dann aber kommt neben der Tatsache, daß die Graveure in diesen Dingen verstanden sind, noch hinzu, daß bei einem Beruf wie der der Graveure und Ziseleure, wo es noch stark auf persönliche Fähigkeiten ankommt, wo neben oder mit der Ausübung des Berufes Bestrebungen kunstgewerblicher Art laufen, wo auch der Kreis der Berufsangehörigen sehr gering ist, das Verhältnis der Kollegen zu einander und untereinander ein anderes ist, als bei Berufen, wofolbst der Kreis der Berufsangehörigen um vieles größer ist als bei den Graveuren. Auch dort ist es anders als bei den Graveuren, wo es sich um Beruf handelt, die erst durch die moderne Technik entstanden sind. Ganz trübe es nicht zu, wenn man den Vergleich zwischen einer Großfabrik und einer Kleinfabrik heranzieht. Wenn ich nun die Frage zu beantworten suche, ob die angeklammerten Klagefäden eine Berechtigung haben, so kann ich diese nicht ganz verneinen. Um jeder mitverantwortlichen Deutung von vornherein zu begegnen, will ich erklären, daß ich „Kammer Zentralist“ bin. Der Ausdruck ist zwar nicht geschmackvoll, aber ich habe keinen anderen. Meine engeren Berufscollegen wissen ja, daß ich den Uebertritt zum Metallarbeiter-Verband einige Jahre früher vollzog als der Graveurverband, aus dem Grunde, um den Uebertritt der Gesamtkollegenchaft herbeizuführen zu können. Ich bemerke weiter, daß mir der „Industrie“-band keineswegs als der Mittelpunkt der im Interesse der Berufsangehörigen notwendig anzustrebenden Organisationsform erscheint, trotzdem halte ich die langzeitigen Klagen für berechtigt. Es erscheint mir nötig, sowohl in der Organisation als in der Gewerkschaftsarbeit das rein Berufliche nicht ganz ver-

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

**Bekanntmachung.**

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 21. November der 48. Wochenbeitrag für die Zeit vom 21. bis 27. November 1909 fällig ist.

Den Ortsverwaltungen, die Wirtschaftsplakate bestellt haben, geben wir zur Kenntnis, daß ich infolge der großen Auflage die Herstellung der Plakate verzögert hat und der Versand daher erst gegen Ende dieses Monats erfolgen kann.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 6 des Verbandstatuts gestattet: Der Verwaltungsstelle Bergedorf 25 Pf auf die Dauer von drei Wochen für die Schweden; der Verwaltungsstelle Ingolstadt ein einmaliger Beitrag von 35 Pf für die Schweden; der Verwaltungsstelle Wollensbüttel zwei Beiträge von 50 Pf für die Schweden. Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

**Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:**

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Diederhosen: Der Dreher Heinrich Feyner, geb. am 23. Januar 1883 in Siegen, Buch-Nr. 725090, wegen Unterschlagung; der Schlosser Simon Leidner, geb. am 2. April 1875 zu Ertal, Lit. A. Buch-Nr. 318084, wegen Unterschlagung; der Schmelzer Michel Arndt, geb. am 2. Oktober 1886 zu Weimerskirch, Lit. A. Buch-Nr. 85656, wegen Unterschlagung.
- Auf Antrag eines Schiedsgerichts in Döbeln: Der Schmied Karl Wagner, geb. am 4. Mai 1849 zu Schwanitz, Lit. A. Buch-Nr. 195586, wegen unkollegialem Verhalten.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Osnabrück: Der Schlosser Herm. Ulenbrock, geb. am 1. Mai ? zu Leigte, Buch-Nr. 816239, wegen Unterschlagung.

**Öffentlich gerügt wird:**

Auf Antrag eines Schiedsgerichts in Döbeln: Der Schmied Ernst Großer, geb. am 3. März 1862 zu Chemnitz, Buch-Nr. 721445, wegen unkollegialem Verhalten.

**Aufforderung zur Rechtfertigung.**

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander erscheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Offen: Der Metallarbeiter Joh. Wollewski, geb. am 25. Juli 1875 zu Offen, Lit. A. Buch-Nr. 342984, wegen unkollegialem Verhalten.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rote-Strasse 16a zu richten; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist. Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

**Zur Beachtung! • Zugug ist fernzubalten:**

- von Zeitungsverlegern und -Schleifern nach Werdau i. Sa. (Firma Frölich) D.;
- von Formern, Eisenlegereiarbeitern und Kerumachern nach Nachen (H. Bonderheden, Grau- und Stahlgießerei) St.; nach Casselstadt (H. Ahmann & Solder) D.; nach Genf (Schweiz) D.; nach Gmund (Ritz & Schweizer) D.; nach Hamm (Westf. Ferd. und Osenfabrik, C. W. Wilms) D.; nach Hattungen (Eisenlegerei Henrichshütte) D.; nach Kammstatt (siehe C.); nach Kessel (H. Schwes, Maschinen) D.; nach München-Glabach (Frensen & Vogel) L.; nach Neubrandenburg (Eisenwerk) D.; nach Pafewalk (H. Wewandt) D.; nach Remscheid (Eisenhütte) D.; nach Überlingen (H. Biersch, Eisenlegerei und Maschinenfabrik) D.;

**Korrespondenzen.**

**Formen.**

Nürnberg. Die Eisenlegerei von Berg genießt seit vielen Jahren bei der Arbeiterschaft keinen guten Ruf. Seitdem aber der neue Ingenieur, Herr Klob, bei der Firma tätig ist, werden die Verhältnisse von Tag zu Tag unhaltbarer. Der Herr scheint es darauf abgesehen zu haben, die Lohnverhältnisse der Nürnberger Eisenlegerei auf's tiefste herabzudrücken. Als er seinen Posten antrat, verfuhr er die Nürnberger Formen aus dem ihm unterstellten Betrieb auszuschießen. Obwohl mindestens 50 Nürnberger Formen arbeitslos waren, suchte er fortgesetzt in auswärtigen Zeitungen Formen bei „hohem Lohn“. Um nun seinen Verdrüßungen einigermaßen nachzukommen, handelte er bei der Verteilung der Arbeit in höchstem Maße parteiisch. Den fremden Formern wurden die bestbezahlten Arbeiten überwiesen. Auch wurde dafür gesorgt, daß keine Unterbrechung der Arbeit notwendig wurde. Trotz aller dieser Vergünstigungen konnten aber die fremden Kollegen dem Bergischen Dorado keinen Geschmack abgewinnen, sie schüttelten daher den Nürnberger Staub wieder so rasch als möglich von den Schultern. Herr Klob steht einen Stundenlohn von 40 bis 45 Pf als genügend für einen vollwertigen Formner an, zu einer Zeit, wo in anderen Industrien die Löhne für Hilfsarbeiter 45 Pf betragen. Herr Klob stellt den Typ eines Betriebsleiters dar, wie er nicht sein soll. Mit all seinen Neuerungen im Betrieb hatte er entsetzlichen Pech, und um nun seinen Lohn zu verdienen, zwang er an den Köhnen der Arbeiter so viel als möglich ab. Als er seine Stellung antrat, „verbesserte“ er den Formern so, daß lange Zeit kein gutes Stück gegossen wurde. Für den Ausschuß wurden natürlich die Formner verantwortlich gemacht. Eine Dampfmaschine, die in gutem Zustand war, wurde entfernt und dafür zwei Gasmotoren angeschafft, die so fortwährenden Betriebsstörungen Anlaß geben. Wenn die Motoren einmal laufen, dann bleibt gewöhnlich der Kran stehen. Die Arbeiter müssen infolgedessen fortwährend halbe und ganze Tage aussetzen. Nun hat der in solchen Dingen fruchtbare Geist des Herrn Klob ein neues Mittel erdacht, die Lage der Arbeiter zu verschlechtern. Die Firma Berg hat an und für sich eine um eine Stunde längere Arbeitszeit als die übrigen Eisenlegerei. Es bestand aber keine Frühstücks- und Wesperrpause, sondern es war den Leuten gestattet, während der Arbeit etwas zu sich zu nehmen. Dies war Herr Klob schon längst ein Dorn im Auge. Er führte daher täglich zwei Pausen ein und verlor die Mittagspause um eine Viertelstunde. Die fünfviertelstündige Pause ist aber in keinem Betrieb so notwendig wie bei der Firma Berg, deren Eisenlegerei ganz am Ende der Stadt liegt. Durch diese inhumane Neuerung ist es vielen Arbeitern nicht mehr möglich, ihr Mittagmahl im Kreise der Familie einzunehmen. Das kümmert jedoch einen großen Teil der Herrn Klob nicht. Weiter ist angeordnet worden, daß sich jeder Formner das Bier selbst holen muß. Herr Klob scheint einmal probieren zu wollen, was sich die Nürnberger Eisenlegereiarbeiter alles bieten lassen. Wer Wind sät, wird Sturm ernten.

Pafewalk. (Ein Hirsch-Dundersches Prachtexemplar.) Diesen Titel verdient ohne Einschränkung der Bezirksleiter Wolf vom reichstreuen Hirsch-Dundersches Geneser-ein der Fabrikanten- und Metallarbeiter. In Nr. 45 des Regulator veröffentlicht er über den Streik bei Beprenb fast eine Spalte. Sein Geschreibsel strotzt geradezu von Unkenntnis über die ganzen Vorgänge während des Streiks der Formen. Die einzelnen Mitstände, woraus der Streik entstand, sind ja bereits zur Genüge in Nr. 38 der Metallarbeiter-Zeitung geschildert worden. Daß Wolf nach von einer Anzettelung des Streiks durch den Verband spricht, grenzt geradezu an Unverständnis. Seine Brut rührt natürlich daher, daß seine Strafen- und Wertmeisterorganisation immer mehr an Mitgliedern verliert. Die Harmoniebüchse, die sie zu den Zeiten bestanden, als Pafewalk eine „Hochburg“ der Hirsche war, ist dorbei. Die Fabrikantenheute, die der Fabrikant, Jahr für Jahr abblutet, und die vom besten Einbernehmen zwischen Kapital und Arbeit Zeugnis ablegen, sind ins Reich der Träume verbannt, sehr zum Leidwesen der Hirsche. Es gab damals immer einen „Imposanten Anblick“, wenn der Oberherr, Meister Worel, mit Orden geschmückt an der Spitze seiner Getreuen durch die Straßen der Stadt marschierte und Parade marsch über ließ. In der Eisenlegerei trat er seine Kollegen mit „Stiefelungen“ und forderte sie sehr oft auf, ihn im A... zu sehen, was Zeugnis von der Bildung des Herrn ablegte. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband sah hier im Jahre 1904 festen Fuß unter den Formern und seitdem war es um die Seelenruhe dieses Nachhabers geschehen. Bei der jetzigen Art waren Abzüge an der Tagesordnung. Die Behandlung durch den Meister Worel wurde immer unerträglich, es regnete Strafen auf die Kollegen herab, sogar für entschuldigtes Fernbleiben von der Arbeit. Daß da ein Vertreter einer Organisation, die sich auch als Gewerkschaft ausprägte, noch von Anzetteln eines Streiks spricht, wäre gänzlich unverständlich, wenn man den Wolf nicht kennen würde. Die Kollegen traten in einer Stärke von 25 Mann in den Ausschluß. Tatsache ist, daß der Streik durch die „Arbeits“-Wittigen“ verloren gegangen ist; denn wenn Wolf's Freund, Wempel I. den Betrieb verlassen hätte, wäre die Bewegung zu unseren Gunsten beendet worden. Am zur Verhandlung am 18. Oktober. Wolf wurde zuerst davon ausgeschlossen, aber er bettelte sich beim Fabrikanten an und verhandelte mit ihm. Er wird wohl irgend welche Zugeständnisse nach irgend einer Richtung haben



schwinden zu lassen. Voraussetzung dabei ist, daß alle Dinge im Rahmen der Organisation nicht selbständig durchgeführt werden. Ein Eingeständnis wird nicht eingeholt, um nicht eine Debatte über Organisationsformen zu provozieren, weil nur folgendes nicht ungefragt sein lassen: Wenn die Arbeit des Verbandes der Gewerkschaften eine Berufszentrale für die Gewerkschaften geschaffen. Wenn der Hauptverband mit der Verbindung eines solchen einverstanden war, so deutet dies darauf hin, daß er sie für brauchbar hielt. Andererseits hätte er deren Verbindung starken Widerspruch entgegengefaßt. Daß nach der Organisation für andere Berufsstände, jedoch gleichfalls für meine Annahme. Von dieser Berufszentrale in Stuttgart ist so gut wie nichts zu merken. Ob die Zentrale die Schuld daran trägt, vermag ich nicht zu beurteilen. Hier etwas mehr Bewusstheit würde ein gut Teil zur Besserung beitragen. Zum anderen Teil — und es scheint mir der größere Teil zu sein — liegt der hier existierende Mangel daran, daß die Kollegen, die selber für „Besitzer“ sorgten, entweder aus Bequemlichkeit oder aber aus Verachtung heraus sich um nichts kümmerten. Aber da sonst, wenigstens soweit Berlin in Frage kommt, reger gearbeitet wird, die Organisation trotz der Tatsache, daß die Kräfte und Anstrengungen der Gewerkschaften in einzelnen Spezialbranchen unseres Berufs geradezu deprimierend gewirkt haben, gut genannt werden darf, ist zu erwarten, daß auch hier wieder die alte Talfrucht sich einstellt, die den Gewerkschaften ausgemacht. Trotzdem ich in den letzten Jahren meines Bestehens nicht mehr zum Gewerkschaftsverband gehörte, gehe ich doch gern zu, ich habe mich oft dieser Dinge gekreut. Es mehren sich die Zeichen, daß nicht nur auf diesem, sondern auch auf anderen Gebieten eine Besserung eintritt, nicht nur zum Nutzen der Gewerkschaften allein. Wenn (keinen Vorstoß unternimmt der Kollege A. E. (Magdeburg). Leider ist der Vorstoß in seinem letzten Teil verunglückt, und zwar deswegen, weil A. E. urteilt, ohne die Sachlage zu beherrschen und wohl er Handlungen zu urteilen und auch zu urteilen, deren Resultat ihm fremd sind. Auf Bemerkungen einzugehen, wie: „Noch ein Grund gegen die britischen Tarife: Ist an irgend einem Orte der Tarif abgelaufen oder gekündigt und kommt kein neuer aus freibühler Basis zustande, so daß es zum Kampfe kommt, was machen da die Orte, deren Tarife an einem anderen Zeitpunkt ablaufen und in denen steht, daß während der Dauer des Tarifes in keine Bewegung eingetreten werden darf? Die Kollegen werden, wenn sie es wirklich meinten sollten, daß sie Streikarbeit machen, diese laut Tarif auch weiter ausführen müssen“ — dürfte sich erübrigen. Da ich nicht annehmen kann, daß Kollege A. E. diese Ausführungen ernst gemeint hat. Ich glaube nicht einmal, daß die Magdeburger einen Tarif, der eine derartige Bestimmung enthält, fertigbringen würden. Weiter noch an dieser Stelle auf den Artikel des Kollegen A. E. und die darin erörterten Dinge einzugehen, will ich unterlassen, weil dies wirklich diese, nach Magdeburg (?) Konzepte arbeiten. Nur bemerken will ich noch, daß wir Berliner, trotz der Tatsache, daß das Verlangen nach einer Berufsvertretung ein Echo und damit eine Selbsterfahrung hat, noch immer der Meinung sind, daß zurzeit eine Berufsvertretung nicht angebracht ist. Ob sie später erforderlich wird, kann im Augenblick nicht entschieden werden. Wichtig ist in diesen Dingen uns mit Mißtrauen zu quälen, erscheint mir, zunächst allerorts eine trügliche Unterlage für unsere Vorstellungen zu schaffen und hierzu gehört neben anderem eine gute Organisation der Geschäfte. Daß auch in den Reihen unserer Kollegen noch recht viel Organisationsarbeit vorhanden ist, zeigt ein Vergleich der Zahl der organisierten Kollegen mit dem Ergebnis der Berufszählung. Nach dem Jahresbericht für 1908 waren 2985 Gewerkschaften und 3150 Mitglieder unseres Verbandes. Die Berufszählung gibt unter Gewerkschaften, Steinmetzen, Tischlern und Malern 11 613 Geschäfte und 137 130 Mitglieder an. Von dieser Zahl sind aber in Abzug zu bringen: die Malerbranche mit circa 130, die Formschneider mit 761 Geschäften; ferner die Kunsttischler, die Kunstformer (? jebefalls Kunstformer), die Markterwerbler, die Wajalbildmacher, verschiedene Berufe der Stoffindustrie und noch andere Berufe mit zusammen mindestens 1300 Geschäften. Es wären dann noch für alle diese genannten Berufe einschließlich Gewerkschaften und 3150 Mitglieder ungefähr 1600 Geschäfte abzuziehen, so daß etwa 7800 Gewerkschaften und 3150 Mitglieder als in Deutschland vorhanden anzunehmen wären. Bei meiner Schätzung habe ich die Beschäftigtenzahl der ersten Berufs- und Betriebszählung als Maßstab genommen. Nach einem Vergleich wären also 83,3 Prozent der Gewerkschaften und 3150 Mitglieder der Berufs- und Betriebszählung als Vergleichszahl herangezogen werden. Ziehen wir also die in Deutschland arbeitenden Mitglieder des internationalen Verbandes der Stoffindustrie bei einem Vergleich mit heran, so erhöht sich der Prozentsatz auf 44,4 Prozent. Dieser Vergleich ist mit Vorbehalt anzunehmen, da die bisher erfolgten Berufszählungen des statistischen Amtes aus den Ergebnissen der Berufs- und Betriebszählung jede Kontrolle über die Zuverlässigkeit der angegebenen Zahlen ausschließen. Eine etwa dreifache Schätzung ist bei den Chancen der unter Gewerkschaften angeführten Berufe ganz unmöglich. Dies war schon bei den Berufszählungen der ersten Zählung zu und hat sich bei der zweiten noch verschlechtert. Bringt die amtliche Berufs- und Betriebszählung wieder genaue Zahlen oder in anderer Weise Zahlen, aus denen sich annähernd die Zahlen für unseren Beruf ermitteln lassen, dann werde ich darauf und auf die zu ziehenden Folgerungen näher eingehen. Die Behauptung wird mir dann selber den Raum dazu zur Verfügung stellen. Kann noch etwas über die „Rundschau“ an die Metallarbeiter. Bei verschiedenen Veranlassungen, besonders in Reichstagsverhandlungen, hört man über den „Rundschau“ der Gewerkschaften. In vielen Fällen werden noch andere Ansätze angegeben, die ich hier nicht näher will. Diese Bezeichnungen hatten, der Sachlage entsprechend, eine gewisse Berechtigung, wenn haben sie die gleiche Bedeutung, weil sie meistens noch in ungenügender Weise zureichend. Der Mangel an die Klarheit sind heute bei den Gewerkschaften aus noch in demselben Umfang anzutreffen, wie in allen anderen Kreisen, mit denen ein Vergleich angebracht werden kann. Denn das ist nicht Dummheit und Dummheit, wenn die Arbeiter und das Handwerk des Reiches ein jenseitiges Gespöche und ein Räuber und ein einzelner kleiner, ausgeprägter Beschäftigter noch überprüften und geistigen Genusses bedürfen. Man hört manchmal ein ungenügendes Urteil, weil der Urteilende nicht genügend seinen eigenen Stand und angestrebte Klarheit zu unterstreichen vermag. Der in welcher Weise zur Arbeit geht, ist noch lange kein Fehler. Der aber, wie ich es manchmal zu sehen Gelegenheit hatte, in einer Sitzung des Reichstages eine billige Klage gegen mich und den Ring solange auf der Zigarre immer höher rückt, daß er zum Schluss nicht mit dem Stummel in der Hand, aber immer mit Ring zwischen, läßt, ist ein ausgeprägter Dummheit. Brandstiftung für alle diese Dinge mache ich keineswegs die Arbeiter. Brandstiftung ist die Art der Erziehung, die unter der Führung der jungen Generationen angeht. Dieser Erziehung ist ein gewisses Leben fast jeder Arbeiter und angestrebter Klarheit. Die organisierten Arbeiter sind zum größeren Teil frei davon. Auch in den Reihen der Gewerkschaften hat der Gewerkschaftsverband damit angefangen und ein gewisses Empfinden an seine Stelle gesetzt. Das was eine die Wirklichkeit meiner eigenen Berufszählungen überlegen zu wollen, halte ich es für möglich, daß die Gewerkschaften und die Arbeiter nach dieser Richtung hin und fernerhin auf große Schritte der Verbesserung einwirken können. Stammen sie zum Beispiel große Schritte der Arbeiter einen Schritt nach Schritten, die es die über die Rand entlang? Warum nicht. Es gibt auch in den Reihen der Metallarbeiter, die an diesen Dingen teilhaben wollen, diesen Hunger zu erzeugen. Was müssen, Lehrer und ich sagen, noch heute große Schritte der Arbeiter und auch der Metallarbeiter von der über die Rand entlang und ihrem beständigen Schreiten, dem Schrittweise? So gut wie nichts. Ist es auch die erste Aufgabe unserer Kampforganisationen, die Arbeiter auf die richtigen Stand zu bringen, so darf auch das Bedenken, die Arbeiter gehen auf eine höhere Kulturstufe zu heben, nicht hinterlassen werden. In letzteren Dingen können die Gewerkschaften und die Arbeiter einen ganz bestimmten Teil beitragen, wenn sie sich gegen diese Verhältnisse nicht abstellen, sondern zu ihnen gehen. In den Kampforganisationen, in den Kampforganisationen, bei der Arbeit und

bei der Erfüllung. Wenn sie das tun, dann kommen sie nicht lediglich als Arbeiter, sondern auch als Teilnehmer. Sie bringen, wenn auch nur in bescheidenem Maße, das Bedürfnis nach höherem Kulturverständnis, nach höherem Selbstleben, und empfangen dafür von ihren Brüdern Anerkennung.

**Metallarbeiter.**

**Düsseldorf.** (Eine Briefkassette.) Auf unserer Seite in Nr. 48 verzeihen sich unsere Freunde aus der Klosterstraße noch einmal ihre übliche Dummheit, indem sie dem Regulator ein und eine halbe seiner langweiligen Spalten stellen. Auf welcher Höhe diese Wolke steht, vermag ich bestenfalls zu raten, daß man einem Kollegen von etwa 40% Streikunterstützung vorwirft, die er vor 8 Jahren, als er im Gewerkschaftsverband, erhalten hat, aber nicht etwa aus der berühmten Kasse mit dem festen Fundament, sondern aus demselben. Wir verzichten darauf, den ganzen Quark noch einmal herzutreten, bestehen uns vielmehr auf den Bericht in Nr. 48, dessen Inhalt wir nach jeder Richtung hin vertreten können. In dem neuen „Artikel“ des Regulators wird nun folgende Behauptung aufgestellt: Der Metallarbeiter-Verband habe die Entlassung des Dr. B. verlangt. Das ist eine blanke Unwahrheit und nach Lage der Sache eine verurteilende Unwahrheit. Das direkte Gegenteil ist richtig. Die Zeitung des Metallarbeiter-Verbandes hier am Orte war seitdem bagegen, daß die Entlassung des Dr. B. verlangt werden sollte, obwohl ein gebührendes Zusammenarbeiten mit ihm in Zukunft ausgeschlossen ist. Erwähnenswert ist nun noch, daß in dem Regulatorartikel sowohl die in diesen Blättern immer wieder auf die guten Verhältnisse im Werk hingewiesen wird, die der Gewerkschaften geschaffen hätte. Wo denn und wo denn? Vielleicht die neue Maschinenhalle im Grob- und Mittelzug? Nur präherliche Ueberhebung kann so etwas fertigbringen. Wir können gerade in diesem Punkte mit Internas blien. Vielleicht ist das immerwährende Hinwachsen auf die guten Verhältnisse im Werk ein Versuch, sich nach oben anzubehalten. Der beste Helfer des Gewerkschaftsverbandes war selber im Wert beschäftigt. Wenn nach dem Bankrott der Zeitung, des Verbandshauses und des Konsumvereins auch der Gewerkschaften denselben Weg gegangen sein würde, dann kann er vielleicht wieder im Wilhelm-Henry-Werk anfangen. Er braucht dann nicht mehr an 3 Scheiben zu arbeiten, sondern nur noch an 2. Die Preise stehen besser wie früher, denn der Verbändler, der sein Nachfolger war, hat dafür gesorgt. Zum Schluss noch eins: Jetzt wie früher weist man auf die Einigkeit der Arbeiter hin, aber diese Einigkeit stört man fortwährend und systematisch. Immer springt man um uns herum, uns anbellend wie der Wops den Mond. Uns fällt es im Traume nicht ein, mit dem Gewerkschaftsverband anzufangen, wir haben besseres zu tun. Allerdings geben wir zu, daß die Langeweile drüben ein Widerstandswort ist. Nach der Konsumvereinspille wird sie wohl noch größer werden. Wir haben schon bei früheren Gelegenheiten unseren Freunden den Rat erteilt, die Anteile zu sparen. Das Annehmen nützt gar nichts, es kann den Gang der Dinge nicht aufhalten.

**Geislingen.** (Hirsch-Dundersche Kampfesweise.) Am 5. November sprach hier der „Generalkrat“ des Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsverbandes der Maschinenbau- und Metallarbeiter, Schuchmacher aus Berlin, über das Thema: „Unsere wirtschaftlichen Forderungen an die Arbeitgeber und den Staat.“ Diese Veranlassung fand wohl nur statt, um darzutun, daß in Geislingen „auch noch“ Fische am Leben sind. Auf den Einladungen war „freie Diskussion“ bemerkt, was aber an die Grundsätze der Hirsch-Dunderschen Punkte glaubte, sich sich geäußert. Nach Schuchmacher sind natürlich die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften das Mittel für die Arbeiter, die einzige „neutrale“ Organisation. Schuchmacher sprach auch darüber, daß durch die Finanzreform der Arbeiter die Lebenshaltung möglich verteuert wurde. Er sei ein guter Patriot und liebe sein Vaterland, wenn der Patriotismus aber nur darin bestehe, recht viele indirekte Steuern zu zahlen, dann verachte er auf denselben. Nachdem Schuchmacher geendet, meldete sich unser Berichtführer Widmann (Göppingen) zum Wort, statt „freier Diskussion“ wurde ihm nur eine Viertelstunde Redezeit bewilligt, um „den anderen Herren, die sich zum Wort gemeldet, auch die Möglichkeit zum Reden zu geben“. Widmann stellte dieses Verhalten als höchstes an den Franzosen, und schloß dann an die letzten Ausführungen des Referenten über die indirekten Steuern an. Durch einen Vorstoß des Zentralrats der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften bei den Hottentottenwahlen wies er nach, daß die Gewerkschaften selbst mit jähem an dem Raubzug auf die Taschen des Volkes seien. Sollten die Hirsch-Dunderschen konsequent sein und den Worten ihrer Zeitung folgen, so hätten alle unbeschriebene Stimmgabel abgeben müssen, denn einen Sozialdemokraten, einen Feind ihrer Organisation, sollten sie ja nicht wählen, aber auch keinen Lebensmittelmacher und keinen Waprechtsherrn. Es wäre gut gewesen, wenn Schuchmacher sich darüber geäußert hätte, was sie grundrätig hindere, mit den freien Gewerkschaften gemeinsam den Kampf gegen den Kapitalismus aufzunehmen und die in seinem Referat aufgestellten Forderungen zum Durchbruch zu bringen. Nachdem Widmann geendet, war alles gepöppelt, welche „anderen Herren“ man zum Wort kommen würde. Aber es hatte sich — niemand gemeldet! Man sprach ein Gebührendes aus, ein Geislinger Arbeiter brandmarkte die grenzenlose Verlogenheit, mit der die Redezeit befristet wurde. — In seinem Schlusswort wurde Schuchmacher angemessen verteidigt, die alten Liederhüter, wie: das Fährnd des Herrn Schilde, das Singulär über das Warenhaus Jander in Berlin u. dergleichen auf. Aus dem Deutschen Metallarbeiter-Verband seien nach der Sammlung Generalversammlung hunderttausend Mitglieder in den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften übergetreten. (Und noch immer der Gewerkschaften immer an Mitgliederzahl ab!) Was die größten Vorteile Schuchmachers ins richtige Licht zu stellen, wollte Genosse Presmar die ungenügenden geschlossenen Verhandlungen wieder eröffnen und Widmann das Wort erteilen. Man ging ein wenig los, die Hirsch-Dunderschen: „Für einen das Versteckspiel nicht, wir haben das Ziel gewählt“, was gar nicht zutrifft. Als gar Widmann auf, daß das „Gabelstühler“ Schuchmacher eingeleitet, für Schuchmacher wie eine Kacke auf und sagte: „Das ist eine Gemeinheit, eine Frechheit, eine von uns einbezogene Verleumdung nach Schluß derselben wieder zu eröffnen.“ Widmann bezeichnete es als eine bodenlose Frechheit, in den Zeitungen zu veröffentlichen, einzuladen unter Zustimmung freier Diskussion und diese mit Schwindelwörter zu hinterziehen. — Mit dieser Veranlassung haben die Hirsch-Dunderschen wieder ihr wahres Gesicht gezeigt. Unser Geislinger Kollege werden aber in Zukunft gut darauf tun, dringenden Veranlassungen fernzubleiben und die Hirsch-Dunderschen in ihrem Jammern unter sich zu lassen. War doch die Veranlassung der ganzen 15 Hirsch-Dunderschen, alle anderen (nicht Hirsch-Dunderschen) waren Mitglieder der freien Gewerkschaften. — Des Geislinger Zinber die Hirsch-Dunderschen der Hirsch-Dunderschen, davon ganz folgende Botschaften. In den Reihen für die unteren Veranlassungen sind in ihnen von der Zentrale in Berlin oder von ihrem Stuttgarter Sekretariat ein Fährnd zur Verbreitung zugegangen, aus dem wir folgenden Mitbringer. In den letzten Jahren haben sich die freiwillig nationalen Arbeiter in wachsender Weise um die Arbeiter der Organe der Arbeitervertretung bemüht und es ist ihnen teilweise bereits gelungen, die sozialdemokratische Arbeitervereine zu brechen. Jetzt stehen die Arbeiter an den unteren Veranlassungen vor der Tür. Bei diesen Anlagen einschließlich es sich schon, ob in den übrigen Organen der Arbeitervertretung — Veranlassung der Landesvereinsvereine, Schiedsgerichte und Kampfvereinsvereine — die nationalen Arbeiter eine entsprechende Vertretung erhalten sollen, oder ob die sozialdemokratische Alleinherrschaft wieder auf fünf Jahre festliert werden soll. Was das nicht will, was eine Festsetzung der auf die sozialdemokratischen Kandidaten entfallenden Stimmen zu vermindern juchet und ungeachtet der vielfältig vorhandenen Bedenken für die nachstehende Liste der nationalen Arbeiter stimmen. Demnach haben wir uns schon in den Kreisen der nationalen Arbeiter und schlagen wir Ihnen bezüglich der bevorstehenden Wahl die Ihnen zugehörigen Veranlassungen

ausdrücklich abzugeben für die nachfolgenden bewählten Kandidaten: (Namen & Namen). Wegen Sie bitte diese Liste Ihren Wählern vor und treten Sie für die Wahl der genannten Herren ein. Original ist nun, das bisher selber nur nationale Arbeiter im Bezirk Geislingen in den unteren Veranlassungen vertreten waren, die alle die sozialdemokratische Alleinherrschaft ausgebildet haben sollen. Die Hirsch-Dunderschen haben also die Zustimmung, ohne sie genau durchzufragen und darüber nachzudenken, an die verschiedenen Kandidaten verleiht, worüber herzlich gelacht werden sollte. Die Geislinger Arbeiter aber stehen hierauf, daß ihre Interessen bei einer solchen Organisation nicht gewahrt sein können, ihre Pflicht ist es deshalb, sich wann für Mann dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen.

**Ludwigshafen a. Rh.** Am 27. Oktober fand eine Betriebsversammlung der Arbeiter der Firma Sulzer statt, die sehr gut besucht war. Das Vorgehen des Chefs der Firma, des Herrn Sulzer, Ziegler im Hauptbetriebe in Winterthur, hatte die Arbeiter der beiden Betriebe in Winterthur und Ludwigshafen, die bisher mit einer großen Gleichgültigkeit allem, was um sie herum voranging, gegenüberstanden, aus ihrer Belegte herausgerissen. Eingeleitet Herr Sulzer, der Zeitung des Metallarbeiter-Verbandes, Sektion Winterthur, zumuteten, sie solle darauf hinwirken, daß der Mauerstreik, der seit Pfingsten in Winterthur ausgebrochen ist, beendet werde, damit die Fabrikenbauten der Firma fertiggestellt werden könnten. Als dieses Ansinnen natürlich zurückgewiesen wurde, kündigte Herr Sulzer an, daß er genötigt sei, sämtliche organisierten Arbeiter seines Betriebes zu entlassen. Kollege Sulzer aus Winterthur hatte das Referat übernommen. Eingangs seiner Ausführungen wies er darauf hin, daß es falsch sei, wenn man im allgemeinen von der freien Schweiz rede. Obwohl die Schweizer Staatsverfassung auf einer anderen Grundlage als die deutsche aufgebaut sei und das Schweizer Volk sich einiger politischer Freiheiten erfreue, so bebrüde trotzdem die wirtschaftliche Unfreiheit die Schweizer Arbeiter gerade so wie die deutschen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse seien nicht besser als in Deutschland. Die Industrialisierung des Landes hat etwas später eingesetzt, sich aber desto rascher entwickelt, hauptsächlich habe die Großindustrie in den letzten Jahren enorme Fortschritte gemacht. Große Betriebe verdrängten sich in den Händen einiger Großindustriellen. Der Einfluß dieser mächtigen Industriebarene sei nicht spurlos an der Arbeiterbewegung der letzten Zeit vorübergegangen. Hauptächlich in Arbeiterkreisen hätten die Herren ihren reaktionären Standpunkt mit allem Nachdruck zur Geltung gebracht. Eine der einflussreichsten Personen sei Herr Sulzer-Ziegler in Winterthur. Der Herr, der Chef der Firma Sulzer (Winterthur-Ludwigshafen) ist, welche Firma so sehr in Wohlstandeinstellungen macht, war es in erster Linie, der sich in seiner Eigenschaft als Nationalrat gegen eine Verbesserung der Verhältnisse der Staatsarbeiter, speziell gegen die geplante Arbeitszeitverkürzung wandte, weil dadurch die Privatindustrie geschädigt würde. Die Firma Sulzer nützte gerade wie die anderen Schachmänner die wirtschaftliche Krise zum Schaden der Arbeiter aus. Die mächtigste Organisation der Unternehmer in der Schweiz sei der Verband der Maschinenindustriellen. Als spiritus rector desselben sei Herr Sulzer-Ziegler immer dafür eingetreten, mit den Arbeiterorganisationen nicht zu verhandeln. Dementsprechend seien auch die Verhältnisse im Betrieb der Firma Sulzer. Redner schilderte dann die Entwicklung des jetzigen Konfliktes. (Siehe Nr. 46 der R.-Ztg. Neb.) Bei den Verhandlungen darüber habe Herr Sulzer-Ziegler auch eine bemerkenswerte Äußerung gemacht, die ungefähr lautete: „Was sich zurzeit in Schweden abspielt, ist ein Duell, zu dem es auch in der Schweiz kommen wird.“ Es sei dies eine Mahnung für die Arbeiter der Firma Sulzer, sich zu rufen. Mit der Mahnung an die Arbeiter des Ludwigshafener Betriebes der Firma Sulzer, dem Beispiel der Arbeiter in Winterthur zu folgen und sich der Organisation, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen, schloß Redner seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung der Arbeiter der Firma Sulzer in Ludwigshafen ist nach Anhörung des Referats des Gewerkschaftssekretärs Büchli aus Winterthur der Ansicht, daß die Arbeiter der Firma in Winterthur in dem Konflikt, der anlässlich des Mauerstreiks mit der Firma in Winterthur ausgebrochen ist, nicht anders handeln konnten als dies geschehen ist. Sie spricht ihnen deshalb für die energische Zurückweisung des Antrages der Firma und für ihr unaufhörliches Eintreten für das Koalitionsrecht ihre volle Anerkennung aus.“ Kollege Fischer stellte zum Schluß noch die Verhältnisse in Winterthur und Ludwigshafen in Parallele; er konstatierte, daß in beiden Betrieben regiert wird nach ein und demselben Schema: „Judeckrot und Peinliche.“ Auf der einen Seite allerlei sogenannte Wohlhabenseinrichtungen, auf der anderen Seite Unfriede, regulieren und intensive Ausnutzung der Arbeitskraft. Raum ein Jahr sei es her, daß Herr Direktor Ernst Sulzer einem anderen Industriellen gegenüber den charakteristischen Ausdruck tat: „Ich sage Ihnen, Sie kommen Ihren Arbeitern immer zu weit entgegen, darum haben Sie immer den Unfrieden. Wir ordnen einfach an und wenn's nicht geht, der kann daraus seine Schlüsse ziehen.“ Dieser Geist würde solange nicht aus dem Betrieb verschwinden, wie die Arbeiterchaft in ihrem Indifferentismus verharre.

## Rundschau.

### Zum Brauntweinböhkott.

Die vom Leipziger Parteitag einstimmig angenommene Resolution gegen den Brauntwein lautet: „Die von der agrarisch-reaktionären Reichstagsmehrheit beschlossene Erhöhung der Brauntweinsteuer bezweckt, einen großen Teil des durch die wachsende Küstungspolitik verursachten Einkommensverlustes des Reiches den Schultern der Armen aufzuerlegen. Zugleich soll durch die Aufrechterhaltung der Kontingentierungspolitik auch fernere dem Großgrundbesitz auf Kosten der Brauntweinrentner ein jährlicher Extraprofit von über fünfzig Millionen Mark gesichert werden. Um dieser verwerflichen Volksausbeutung zu begegnen und zugleich dem durch den Brauntweinsteuern verursachten und gefährdeten körperlichen und moralischen Elend weiter Volksschichten entgegenzuwirken, richtet der Parteitag an alle Parteigenossen und Arbeiter die Aufforderung, den Brauntweinsteuern zu verweigern. Die Parteigenossen werden aufgefordert, diesen Beschluß in energischer Weise zur Durchführung zu bringen.“

An manchen Orten hat man sich bestrbt, diesen Beschluß in kräftiger Weise auszuführen. Man hat Versammlungen abgehalten, Flugblätter verbreitet, die sich mit dem Brauntweinböhkott beschäftigten und dergleichen mehr. Auch die Reimagination von Mund zu Mund wird an verschiedenen Orten offenbar recht eifrig betrieben. Die Erfolge bleiben denn auch nicht aus. Dafür sind Anzeichen vorhanden. Es will uns aber auch zeigen, als ob nicht allenfalls alben mit der wünschenswerten Energie verfahren wird. Dort möge man sich vor allen Dingen dar Augen halten, auf welche Weise der Fußel besteuert wird und wie man es macht, selbst den Armen der Armen mit Hilfe der „Liebesgabe“ einen Tribut zugunsten der Schnapsregier abzugeben. Die Liebesgabe beruht bekanntlich darauf, daß für jedes Hektoliter Schnaps, das über ein bestimmtes Kontingent hinaus produziert und konsumiert wird, 20 A Steuern mehr bezahlt werden, als der normale Steuerfuß ausmacht. Das Kontingent ist so bemessen, daß auf den Kopf 4 1/2 Liter reiner Alkohol kommen, und dieses Maß ist durch das neue Steuergefeß auf zehn Jahre festgelegt. Da aber der Konsum größer als das Kontingent ist, so ist die Spirituszentrale in der Lage, auch für den kontingentierten Brauntwein einen Preis zu erzielen, der dem höheren Steuerfuß entspricht und so auf jedes Hektoliter den Bruttoertrag 20 A Extraprofit zu beschaffen. In letzten Jahre für das Ergebnis vorliegen, 1907/08, war das Kontingent rund



2,5 Millionen Arbeiter, fast ausschließlich produziert wurden 2 bis 3000 Arbeiter. Geht es nun, den Konsum so hart herabzubringen, daß nicht mehr als 2,5 Millionen Arbeiter getrieben werden, so verschwindet die Arbeitslosigkeit gänzlich. In die Produktion nicht ganz so groß, so wird immerhin die Arbeitslosigkeit geschnitten, weil es nicht mehr gelingen wird, den Preis des kostengünstigsten Braunkohls um 20 % zu erhöhen. Es muß aber gelingen, den Schnapsjüngern die ganze Arbeitslosigkeit zu verleiern. Man wird dadurch das Schnapsjüngertum am empfindlichsten treffen. Wie sehr man sie treffen kann, geht aus einer Anzeige hervor, die am 26. Oktober 1909 in der agrarischen Deutschen Tageszeitung erschien und folgendermaßen lautet:

„Wegen Uebernahme größeres Besitztums will ich von gleich meine künftige Domäne in Ostpreußen mit Preußen, noch 14 Jahre Pachtbauern, abgeben. Größe 2300 Morgen in 1150 Morgen sehr gute Wälder mit sehr gutem totem und lebendem Inventar, doch voller, großer Ernte, guten Gebäuden. Das Herrenhaus, 18 große Zimmer, im Garten, alten Park, sehr idyllisch am großen See gelegen.“

Die Pacht ist nur etwa 8000 M. jährlich, allein das Konjunktur beträgt 9000 M. jährlich, so daß noch etwa 1500 M. von der Pacht jährlich Ueberschuß bleibt.

Zur Uebernahme sind 250 000 M. nötig. Es kann nachweislich jeder tüchtige Landwirt hierauf in einigen Jahren reich werden, es bietet sich ferner, sich eine billige Pachtung zu bekommen. Nach ernster Reflektion, denen daran liegt, diese günstige Pachtung zu bekommen, wollen sich melden bei Georg Kubitz, Danzig, Wroblantengasse 29.“

Wir wissen ja nicht, von wem diese Anzeige ausgeht, würden uns aber nicht wundern, wenn er zu denen gehört, die bei jeder Gelegenheit über die „Not der Landwirtschaft“ schreiben. So steht die Sache in Wirklichkeit aus! Vergessen wir ferner nicht, daß es das Zentrum war, das durch sein schwachvolles Verhalten bei der sogenannten Reichsfinanzreform den Fiskusgratzen zu ihrem Extraprofit verhalf. Sorgen wir dafür, daß dieser Raubzug nicht gelingt! Entfallen wir bei jeder Gelegenheit eine kräftige Agitation gegen Schnapsjüngern, unbestimmt darum, daß Agrarier und Zentrumsler sicher über den „Terrorismus der Sozialdemokratie“ zittern werden!

**Mansfelder Bergarbeiterstreik.**

Die verschiedenen Versuche zur Beilegung des Streiks sind an dem Sturz des Direktors Vogelgang gescheitert. Sein Standpunkt geht aus einer Mitteilung hervor, die er nach den Leipziger Neuesten Nachrichten vom 25. Oktober zu einem ihrer Mitarbeiter getan haben soll. Die Äußerung lautet: „Ich stehe aber doch ferner mit dem Ausgang dieses Streiks. Wir werden eine Organisation, wie sie sich auch nennen mag, keineswegs zulassen, weder die sogenannten Christlichen, noch die bielen „farbigen“ Organisationen. Wenn sich die Arbeiter organisieren wollen, so mögen sie dem Vaterlandstreuen Verband beitreten, der fernerseitig auf ihren Wunsch gegründet worden ist. Eine andere Organisation ist uns nicht erwünscht. Man mag uns entgegenhalten, daß die Koalition ein Recht der Arbeiter ist; wir haben das Recht, die Arbeiter nach unserem Gutdünken anzustellen.“ Wunderlich paßt es zu diesem prophanhaften Standpunkt, daß die Direktion der Mansfelder Bergwerke rundweg ablehnte, die Kosten für die Bekleidung des Militärs und der Verstärkung der Gendarmerie zu übernehmen. Dabon werden die Steuerzahler sehr erbaudt sein. Der Gemeinderat von Helbra glaubte aber noch ein übriges tun zu müssen, indem er beschloß, an die drei Helbraer Wirte, bei denen das Militär etquartiert ist, außer dem mit der Militärverwaltung vereinbarten Kostensatz noch einen täglichen Zuschuß von je 25 M. zu zahlen. Da in Helbra 90 Prozent der Bevölkerung aus Bergarbeitern besteht, wirkt dieser Beschluß wie eine unerhörte Provokation der Bevölkerung.

Von der Militärbehörde, die im Streikgebiet herrscht, liegen viele charakteristische Mitteilungen vor. Wir können hier nur einige wiedergeben. In Eisleben, sonstigen Militärpatrouillen am 26. Oktober Flugblätter der Streikleitung an die Streikenden, nachdem vom Pastor Harnisch herausgegebene Flugblätter öffentlich und ungeschützt verteilt worden waren, Flugblätter, worin der Pastor zum Streikbruch aufforderte. Als aber die Streikleitung dem Pastor auf seine Unrichtigkeiten antwortete, wollte, sagte die „unparteiliche“ Behörde mit der Beschlagnahme ein. In Helfta bei Eisleben fand am 24. Oktober eine Delegiertenversammlung statt und am 25. erschien vor der Wirtschaft hoch zu Ross ein Hauptmann des 36. Infanterie-Regiments und fragte die Wirtin: „Hier hat gestern doch eine öffentliche Volksversammlung stattgefunden, die nicht angemeldet worden ist. Was darf nicht gemacht werden?“ Die Frau sagte dem Hauptmann, daß es sich nicht um eine Volksversammlung, sondern um eine Delegiertenversammlung gehandelt habe, die nicht angemeldet zu werden brauchte. „Gott! Alles muß angemeldet werden!“ brummte der Offizier und ritt davon.

Den Mansfelder Grubenherren ist augenscheinlich kein Streich zu heimlich, der gegen die Streikenden anzuwenden ist. Einer alten Frau, die in Eisleben die Bureaus reinigt, wurde die Arbeit bestrafung und sich dem Bergarbeiterverband angeschlossen haben. Falls es aber der Frau gelänge, ihre beiden Schwiegerkinder zu bewegen, die Arbeit wieder aufzunehmen, so solle auch ihre Räumigung zügig durchgeführt werden.

Auf dem Hermanns-Schicht meldeten sich am 27. Oktober morgens sieben Mann zur Wiederanfertigung, und da sie ihre Streikarten nicht bei sich hatten, mußten sie erst diese und die Mitgliedskarten holen und dann beides vor den Augen der Beamten zerreißten. Darauf erhielten sie aber alle sieben die Arbeitskarte in die Hand gedrückt. Dasselbe Verfahren wurde auch auf der Kupferhauerhütte beobachtet, und da solche Leute sich zwischen zwei Stühlen in den Dreck gesetzt haben, weil sie keine Arbeit haben, von der Organisation jedoch als Streikbrecher behandelt werden und keine Unterstützung mehr erhalten, so ist die Luft, Streikbrecher zu werden, den Leuten durch die Wogelänger selbst ausgebreitet worden. Auf dem Zirkelwäldchen fragten drei Mann um Arbeit an. Sie mußten nicht nur vor den Augen ihrer Vorgesetzten ihre Karten zerreißten, sondern auf Kommando auch noch nachsprechen: „Wir alten Eiser sind wert, daß wir von Herrn Obersteiger ein paar Ohrfeigen bekommen.“ Schwade, daß der Herr Obersteiger dieser freudvollen Einladung nicht die Tat folgen ließ! Im übrigen sind Streikbrecher eifrig in Tätigkeit. Auch sind den Streikenden in Helbra eine Anzahl Mitglieder der katholischen Arbeitervereine (Eis-Graben) in den Rücken gefallen. Sie wollten sich nur dann der Bewegung anschließen, wenn der Pfarrer dazu seine Einwilligung erteilte. Das tat der Pfarrer natürlich nicht, und so wurden die Mitglieder dieses katholischen Männer- und Junglingsvereins von Helbra fast geschlossen zu Streikbrechern. Kaum 20 Mann haben sich dem Streik angeschlossen, und alle Bemühungen, die anderen mit fortzureißen, sind bisher an der Gegenagitation des Herrn Pfarrers gescheitert. Ein Vorstandsmitglied dieses Vereins — selbstverständlich Streikbrecher — ist auch Gemeinderatsmitglied und hat für die freiwillige Zulage für das Militär aus der Helbraer Gemeindefasse gehimmelt. Auch in Grotzsch, Gerbicht und Eisleben sind die katholischen Arbeitervereine zu Streikbrechern geworden.

Herr Vogelgang hat durch sein starrenhaftes Vorgehen, keinen organisierten Bergmann zu dulden, und mit der Drohung, Hunderte abzusetzen, die Zimmermannschaft anderer Unternehmer auf Mansfeld gelenkt. Bei der Zentralstreikleitung istfen Gesuche ein, die jüngeren Bergarbeitern dauernde Arbeit und höheren Lohn garantieren, als die Mansfelder Bergwerke zahlen. Ein Unternehmer wünschte allein 500 bis 1000 Mann bei einem Lohn von 4 M. täglich, während der Durchschnittslohn bei der Mansfelder Bergwerke nur 2,26 M. beträgt. Die Streikleitung wollte auf diese Angebote nicht eingehen; sie wollte dem Mansfelder Bergbau nicht Hunderte junge,

für diesen Bergbau einfach unentbehrliche Kräfte entziehen, da sie immer noch bestrebt, ein Generaldirektor sein nicht so veränderlich sein, seiner Industrie den Lebensnerv zu ziehen, nur um seinen Organismus zu befrachten. Nachdem die Direktion aber auf ihrem Standpunkt beharrte, wurden am 3. November in 14 Delegiertenversammlungen die jungen Bergleute im Alter von 16 bis 30 Jahren aufgefordert, sich zur Wanderung zu melden. Der Erfolg war, daß sich die zum 5. November nicht weniger als 1000 jüngere Bergarbeiter meldeten. Offenbar sind es nicht die schlechtesten Elemente unter der Bevölkerung, die sich zu diesem Schritt entschlossen. Es zeigten allein 200 Mann nach Magdeburg und Berlin, wo sie bei Bahnbauten und in der Industrie Beschäftigung gefunden haben.

Alle Hebel wurden blüher in Bewegung gesetzt, um den Mut der Streikenden zu brechen. Das Infanterie, Wachmengenwehr und Abstrafere nicht vermochten, soll der Landfriedensbruch § 3 Paragraph fertigbringen. Schon sitzen 8 bis 10 Mann in Untersuchungshaft, weil sie gegen diesen Paragraphen verstoßen haben sollen. Über all dies hat trotz des unerhört provokatorischen Einbruchs noch keinen zu Unbefonnenheiten hingelassen. Außer einem Abstrafergang hat es bei diesem Streik noch keine Maßnahmen gegeben. Hoffen wir, daß es so bleibt.

Nach neueren Mitteilungen haben die Streikenden auf Veranlassung der Streikleitung am 12. November Versammlungen abgehalten, in denen beschlossen wurde, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen. Diese Beschlüsse wurden auch allenthalben, mit Ausnahme der Versammlung in Ulsdorf, einstimmig gefaßt.

**Gewerkschaftliches.**

**Holzarbeiter.** Nachdem bekanntgeworden war, daß die organisierten Holzarbeiter die im nächsten Jahre abzulaufenden Tarifverträge nicht kündigen wollen, haben die Unternehmerorganisationen am 11. November sämtliche Verträge gekündigt. Ein Teil der Verträge läuft am 12. Februar 1910 ab, der andere am 1. April. Die Schlichter in der Holzindustrie wollen anscheinend einen Kampf vom Zaune brechen.

**Arbeiterversicherung.**

Wer zahlt die Portoosten beim Zusenden des Krankengeldes? Bekanntlich ist das Krankenversicherungsgesetz viel demokratischer gestaltet als die Unfall- und Invalidenversicherung. Während diese erst umständlich und bürokratisch von den Rentenempfängern verlangen, daß sie allmonatlich den Rentenschein erst durch die Ortsbehörde beglaubigen lassen müssen, bevor die Postanstalt die lange Route auslaufen darf, kann bei einer Krankenkasse jede Woche das Krankengeld ohne jede weitere Formalität erhoben werden. Ja, nach der neuesten Entscheidung ist gar nicht einmal der ärztliche Nachweis der Erwerbsunfähigkeit erforderlich, da einwandfreie Zeugen genügen, die eine Arbeitsunfähigkeit des Erkrankten bezeugen. Allgemein wird jedoch der Rentenschein allwöchentlich der Krankenkasse vorgelegt und danach die Unterstützung ausbezahlt. Die Leistung des Erkrankten über den Empfang des Geldes ist gar nicht einmal nötig. Jeder Verwandte oder Bekannte kann das Geld in Empfang nehmen und quittieren. Auswärts wohnende Kranke lassen sich allwöchentlich das Krankengeld durch die Post zuwenden und haben das entsprechende Porto selbst zu tragen. Anderer Ansicht war jedoch ein Erkrankter, der die Ausschichtsbehörde zu Frankfurt a. M. zu folgenden interessanten Entscheidung veranlaßte:

Der Zimmermann W. B. in W. war auf Grund krankensicherungsrechtlicher Beschäftigung in Frankfurt a. M. vom 2. Juli bis 10. Oktober 1908 versicherungspflichtiges Mitglied der Allgemeinen Ortskrankenkasse hier; vom 11. Oktober 1908 an setzte er die Mitgliedschaft gemäß § 27 des Krankenversicherungsgesetzes und § 4 Abs. 1 des Kassensatzes freiwillig fort. B. erkrankte am 15. Oktober 1908. Die Allgemeine Ortskrankenkasse gewährte neben freier Heilbehandlung das statutenmäßige Krankengeld von täglich 3 M. — Letzteres wurde ihm von der Kasse nach seinem Aufenthaltsort W. beziehungsweise K., unter Abzug des Portos, zugesandt. Beschwerdeführend verlangte B. Zahlung des Differenzbetrages seines Krankengeldes in Höhe der Portoosten. Er hält die Kasse zum Abzug des Portos nicht berechtigt, weil das Statut hierüber nähere Bestimmungen nicht enthält. Die Allgemeine Ortskrankenkasse hat Ablehnung der Klage beantragt. Sie macht geltend, daß Zahlungen aus öffentlichen Kassen an der Kasse in Empfang zu nehmen sind, durch die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches unberührt. Artikel 11 des Preussischen Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch bestimmt, daß Zahlungen aus öffentlichen Kassen, wenn nicht ein anderes vorsehbar ist, an der Kasse in Empfang zu nehmen sind. Als öffentliche Kassen im Sinne der angeführten Vorschriften gelten auch die Ortskrankenkassen (Urteil des preussischen Oberverwaltungsgerichtes vom 1. April 1901, Arbeiterversicherung XVIII, Seite 269. Nach, Anmerkung 2e zu § 5 des Krankenversicherungsgesetzes). Das Krankenversicherungsgesetz sowie auch das Kassensatz enthalten über die Unabhängigkeit des Krankengeldes an den Bezugsberechtigten keine näheren Vorschriften. Daß über die Empfangnahme oder Uebertragung des Krankengeldes zwischen dem Kläger und der Kasse besondere Verabredungen stattgefunden hätten, ist nicht behauptet worden. Somit hat Beschwerdefühder das Krankengeld von der Kasse abzurufen oder dessen Uebertragung auf seine Kosten bewirken zu lassen.

**Vertragsbrüchige Unternehmer.**

Ein eigenartiges Licht auf die Vertragsbrüche der Unternehmer wirft ein Vorgang, der sich in Halle bei Hagen bei der Durchführung des Vertrages für das Schreinergerwerb abspielte. Im Juli d. J. wurde für Hagen ein Vertrag abgeschlossen, der auch für Halle gelten sollte. Die Unternehmer in Halle machten aber gar keine Anstalten zur Anerkennung. Der Vorsteher der im Vertrag vorgesehenen Schlichtungskommission ist ein Unternehmer. Die Arbeiter wandten sich mündlich und schriftlich an ihn um Einberufung einer Sitzung dieser Kommission. Der Herr hatte keine Zeit. Eine weitere Instanz ist laut Vertrag das Einigungsamt. Der Vorsitzende der Vorstehenden der Schlichtungskommission auf den Fall zu erledigen. Auch das half nichts, trotzdem immer zuzugewandte Antworten gegeben wurden. Hatte der Herr wirklich keine Zeit oder wollte er seine Kollegen in Halle vor der Durchführung des Vertrages bewahren? Unter diesen Umständen blieb den Arbeitern weiter nichts übrig als die Arbeitsniederlegung. Desjog. Nach stätigem Streik wurde jetzt der Vertrag anerkannt. Besonders erwähnenswert ist noch, daß die Hagener Unternehmer beim Vertragsabschluss den Arbeitern besonders empfahlen, den Vertrag auch bei den nichtorganisierten Unternehmern durchzuführen. Die Herren sind Mitglieder des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe.

**Förderung nationaler Arbeitervereine durch Unternehmer.**

Unter dieser Ueberschrift bringt die Post (Nr. 525. Morgenausgabe vom 9. November) folgende, sowohl für das Blatt wie für sämtliche Beteiligten interessante Notiz: „Der Deutsch-vaterländische Arbeiterverein Mannhettm hatte sich an den Verband der Metallindustriellen in Baden, der Pfalz und angrenzender Industriebezirke mit der Bitte gewandt, diejenigen Mitglieder des Arbeitervereins, die unbeschäftigt durch Streiks oder Ausstellungen betroffen werden — der genaunte Verein leitet es stets ab, sich an den Streiks der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu beteiligen — in ihrer Arbeitsmöglichkeit nicht zu beschränken beziehungsweise sie vor materiellem Schaden zu bewahren. Auch wünscht der Verein, daß der Verband gegen den Terrorismus, der von anders denkenden Arbeitskollegen gegen die Mitglieder des Deutsch-vaterländischen Arbeitervereins ausgeht wird, Schritte schaffen möchte.“

Darauf hat der genannte Verband der Metallindustriellen folgende Antwort an den Deutsch-vaterländischen Arbeiterverein gegeben:

„Solange die Tendenzen Ihres Vereins sich in der blühenden Richtung bewegen, nehmen wir keinen Anstand, zu erklären, daß wie bereit sind, diejenigen Mitglieder Ihres Vereins, welche nachgewiesenermaßen hinfällig längere Zeit angetrieben haben, bei vorübergehenden Ausstellungen nicht mit auszusperren oder gegebenenfalls zu unterstützen. Diese Vergünstigung werden wir in Zukunft nur noch Kräftigen zuteil werden lassen, welche Mitglieder von Organisationen sind, die gleiche oder ähnliche Ziele wie Sie verfolgen, damit wir gegen Mißbrauch durch falsche Angaben geschützt sind.“

Was Ihre Klage bezüglich der Beschäftigung Ihrer Mitglieder anbelangt, so haben wir unsere Mitglieder darauf aufmerksam gemacht und zugleich aufgefordert, in solchen Fällen die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, damit die Ruhe und Ordnung in den Betrieben nicht durch irgend welchen Terrorismus gestört wird.“

Das zeigt also auch neue, daß die „Vaterländischen“ gerade so wie die Gelehrten jede eigene Bestrebung zum Zweck der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und zur Anwendung des Agitationsrechts zu diesem Zweck verachten. Allerhand Klagen vor diesen Herren!

**Selber Schwindel.**

Unter der Ueberschrift: „Einer, der sein Schäfchen im trockenen Ha“ sucht der Bund der Frau Lebus (Nr. 45) „wieder einmal“ seinen Lesern aufzubringen, daß „die sozialdemokratische Praxis ganz anders aussieht als sozialdemokratische Theorie“. Danach soll der „Gassenreifer sozialdemokratische Arbeitersekretär“ sich selbstständig gemacht und Arbeitersekretär geworden sein. In seinem Betrieb solle aber „wöchentlich und bisweilen noch längere“ Arbeitszeit herrschen. Als einer seiner Arbeiter ihn darauf aufmerksam gemacht habe, daß im sozialdemokratischen Parteiprogramm vom achtstündigen Arbeitstag die Rede sei, habe der „bisherige Arbeitersekretär und neugeborene Arbeitgeber“ ihn und „schroff“ erklärt, „seht betrete er seine eigenen Interessen“. In diese Geschichte werden in der genannten Nummer des Bund natürlich allerlei erbauliche gedächte Betrachtungen geknüpft. Das Späthilf daran ist nun aber, daß es in Gassen gar kein Arbeitersekretariat gibt. Der ganze Schwindel ist wieder einmal aus irgendeinem schmuckigen gelben Finger gezogen. Ober hat der „Berichter“ dieser famosen Notiz den Dr. Gassen vortellich mit Ueblichkeit herausgesucht, damit er von keinem der in Deutschland vorhandenen Arbeitersekretäre wegen Beleidigung verklagt werden kann?

**Eine „christliche“ Darstellung.**

Spotten ihrer selbst und wissen nicht viel! In einer Anzahl Zentrumsblätter und anderen gegen bezahlte Inferte ist nicht unempfindlichen Zeitungsunternehmungen erschein eine Erklärung, deren Verfasser zwar nicht schlussfassen sind, die aber trotzdem vermuten läßt, daß der Zentralvorstand des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes hinter der ganzen Geschichte steckt. Unterzeichnet wird die Erklärung wohl deshalb nicht sein, da so viel Schamgefühl bei den Manern der Sache noch vorhanden ist, daß sie sich sagen: wenn wir auch versuchen, den Verbreiter von Unwahrheiten herauszuwickeln, so wollen wir namentlich uns doch nicht mit demselben identifizieren.

Wir haben zu dieser neuen „Erklärung über Badisch-Rheinselden“ nur zu bemerken, daß die sozialdemokratische Presse die ihr „christlich“ angebotene „Blamage“ ruhig vertragen kann, denn die Blamierten sind wo anders. Die sind dort, wo fortgesetzt versucht wird, die Wahrheit mit allen Mitteln zu beugen und wo alle jesuitischen Verdrängungskünste und Ableugnungen tatsächlicher Verhältnisse, die Enttarnung eines Lügners nicht verhindern konnten: in der Zentrums-Presse und im christlichen Metallarbeiter-Verband. Der neue Versuch, die Wahrheit zu verdrängen, schließt sich den vorhergehenden würdig an, und jeder arbeitsfähig und logisch denkende Mensch wird den neuen Schwindel dieser Gesellschaft geübend einzuschätzen wissen.

Und das gleiche trifft zu auf die Nr. 46 des „Christlichen“ Deutschen Metallarbeiter. Er bringt zwar die gegen die Zählung in die infarcenulungige Presse lancierte Erklärung nicht, sondern schwafelt nur von einer Unterjüngung „an Ort und Stelle durch die Verbandsleitung“, und er drückt sich in bekannter gewandener Weise um die Tatsachen herum. Würde die Unterjüngungskommission nämlich die Wahrheit zugelassen, so würde sie eben glatt bestätigen müssen, was wir festgestellt konnten, und sich selbst der Verbreitung von Unwahrheiten bezichtigen.

Es ist nämlich das Schöne an der ganzen Geschichte, daß eines dieser Unterjüngungskommissionsmitglieder genau so wie Engwald die Unwahrheiten mit verbreiten half, indem es ebenfalls eine der bewußten wahrheitswidrigen „Erklärungen“ unterzeichnete. Dieses illustriert wohl die ganze Komödie treffend.

Auch Thelen, der Eideshelfer Engels, muß nochmals herhalten, seine der Wahrheit widersprechende Erklärung wird wiederum zitiert. Ja, deshalb wird eine Unwahrheit nicht wahr, wenn man sie bestreitet. Was wir von Thelen zitieren, ist wahr, und unser Gewährsmann hat uns erst diese Woche wieder geschrieben, daß er darauf warte, vor Gericht den Wahrheitsbeweis antreten zu können.

„Diese christlichen Führer müssen ja von allen guten Geistern verlassen sein“, jagte mir vor einigen Tagen jemand, der die Sache in Rheinselden genau kennt, und wahrlich: er hat recht. In so stüppischer und dabei dreister Weise haben die „Christlichen“ noch niemals versucht, die Tatsachen zu fassen. Und wenn sich dies nun bitter gerächt hat, so begreifen wir ihre Mut und auch ihre Verlogenheit. Wenn „christliche“ Ortsvereine die Mitglieder bis auf wenige verlieren, da ihnen durch den christlichen Schwindel die Augen geöffnet worden sind, so mag dies ja schmerzen, doch daß es so kam, ist einzig und allein die Schuld der „christlichen“ Führer selbst. Immer lassen sich auch die Verdrängenden und vertrauensvollsten Arbeiter nicht mit Lügen füttern, einmal ziehen sie die Konsequenzen und lehren solcher Gesellschaft den Rücken.

Daß Engel seine Tätigkeit „nur“ in Baden einfließen mußte, ist gut. Wo hat er denn sonst was zu tun? Gibt es im Elsaß? Dort darf er sich doch schon lange nicht mehr sehen lassen. Im Straßburg hat er fast keine Mitglieder und in Müllhausen, wo er nur „Allgemeines“ genannt wird, will kein Mensch etwas von ihm wissen. Und ob die Fabrikinspektoren anderer Bundesstaaten Engel für einen geeigneten Verhandlungsfaktor betrachten, wollen wir ruhig abwarten, wenn der Mann einmal etwas zu verhandeln hat. Aber was sollen in Baden andere Christenführer? Da die badische Fabrikinspektion mit den Vertretern der Arbeiter in Baden zu hretten mit Recht jeden Verkehr ablehnt, was haben dann die anderen „Führer“ dort zu tun, die die Augen von Engel erneut aufzureißen wollen? Soll hier etwa der von Hrozheim auf die „Schule“ veretzte Kuhn der „rettende“ Engel werden?

Das andere böse Geschimpf, das diffiziert ist von schäumender Mut, läßt uns kalt. Nur eines bemerken wir: Wir werden in jedem Falle, wo die „Christlichen“ wie in Rheinselden uns in der gleichen verlogenen Art und Weise umringeln, mit denen wir auch nicht im geringsten im Zusammenhang stehen, ebenso rücksichtslos die Wahrheit festzustellen suchen, wie es hier geschehen ist. Damit ist für uns die Sache Rheinselden erledigt. Zum Schluß sei nur nochmals festgesetzt, was wir in unserem letzten Artikel behaupteten, daß nicht Engel es ist, dem die Schuld allein zuguschrieben ist, sondern daß er zum Oberstiel einem System, das gestützt und gehalten wird vom Vorstand des „Christlichen“ Metallarbeiter-Verbandes. Carl Vorhöfzer.



